KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
21 JUL. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 28.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 8. bis 14. Juli 1910.

Posen, den 19. Juli 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 160 des Orędownik (Posen) vom 14. Juli 1910:

Grunwald!

So weit und breit die polnischen Lande sind, ob sie das grausamste Joch politischer Übermacht tragen, oder eine verhältnismäßige Freiheit genießen, ob sie in der Woge von Niederungen und Ebenen zu den Gewässern der grauen Ostsee herniederfließen, oder sich in den Felsen und Kanten der Tatra erhaben auftürmen und kühn emporragen, so weit und breit die polnischen Lande sind, läßt sich hier ein unterdrücktes Flüstern, dort ein lautes Rufen vernehmen: Grunwald!

Aus der Hand fällt der Hammer der Alltagsarbeit, das Getöse des täglichen Kampfes um die nationale Existenz hört auf, der Lärm der täglichen Streitigkeiten um das Gleichgewicht oder übergewicht schweigt, und es richtet sich das Volk, das Millionenvolk auf, das von Schauder ergriffene Volk, das mit Gehör und Gesicht in die Vision seiner Vergangenheit versenkte, nach dem Echo vergangener Jahre der Macht und des Ruhms hinhorchende, in die königliche Majestät Jagiellos und in die stürmische Heldenkühnheit Witolds, in diese glänzenden Gestalten des gepanzerten, gewalthaberischen Rittertums, in diese ungezählten Scharen der durch Brüderlichkeit, gemeinsames Geschick und gemeinsamen Lorbeer vereinten polnischen und litauischen Heere, in dieses Feld von Grunwald, in dieses Feld des Ruhmes mit seinem Schauen vertiefte Volk. . . .

Und wir sehen dieses Grunwald, und wir fühlen in uns und verstehen, daß sich hierzu zusammensetzten nicht nur die Jahrzehnte rücksichtsloser und blutiger Gebieterschaft des Kreuzritterordens, sondern auch die Jahrhunderte des unaufhörlichen und räuberischen Eindringens des germanischen Elements auf Polen und auf das Slawentum.

Die größte und blutigste Schlacht des zu Ende gehenden Mittelalters, wie es die Schlacht bei Grunwald war, schloß mit dem Siege der vereinten polnisch-litauischen Heere und mit der Niederschmetterung der Kreuzrittermacht und der mit ihr verbundenen bewaffneten Macht fast der ganzen deutschen Nation.

Dieser Sieg von Grunwald und diese Niederlage von Grunwald hielten für einige Jahrhunderte die germanische Flut auf und retteten für einige Jahrhunderte Polen sowie seine selbständige Existenz.

Grunwald bezeichnete für Polen die Frage des Seins und Nichtseins, des Bestehens und der Entwickelung, oder des Falls und des Ruins. Aber nicht nur politisch-staatlichen Seins, Bestehens und Entwickelns! Grunwald entschied darüber, daß wir heut eine Nation sind, daß eine lebendige polnische Sprache, eine lebendige polnische Literatur und eine lebende polnische Kultur bestehen.

Hätte auf dem Felde von Grunwald der Kreuzritterorden die polnisch-litauischen Heere zerschmettert, dann hätte sich die germanische Flut weiter nach Osten gewälzt, und Polen und mit ihm Litauen hätte zweifellos dasselbe Los getroffen, welches den schlecht organisierten slawischen Stämmen zwischen Elbe und Oder trauriger Weise zuteil wurde.

Wir sehen also dieses Grunwald, und wir fühlen in uns und verstehen, daß sich die Bedingungen und die Art des Kampfes geändert haben, daß jedoch sein Ziel und Wesen heut die gleichen sind wie vor 500 Jahren zu den Zeiten von Grunwald — und wie 500 Jahre vor Grunwald zu den Zeiten der Mieczyslaus und Boleslaus, als es sich um die Wiege des polnischen Volkes und Staates handelte. Sein oder Nichtsein! In diesen Worten drückt sich die Gefahr aus, welche uns in verschiedener Gestalt seit rund 1000 Jahren von Westen her droht. Nicht haben diese Gefahr so manchmal unsere Väter genug gewürdigt, allzu einseitig in die östlichen Gebietsteile des Staates vertieft. Es verstehen diese Gefahr auch heut diejenigen nicht, welche sich den täuschenden Hoffnungen hingeben, als wollte die germanische Welt auch nur für eine gewisse Zeit im Ernst auf den Drang gegen unsere westlichen Marken und Landesteile verzichten.

Wir sehen dieses Grunwald! . . . Doch mit dem Gefühl des Dankes für die, deren Anstrengungen die polnische Nation ihre Existenz verdankt, verbindet sich die traurige Reflexion, daß Polen die Früchte eines solchen Sieges, wie es ihn auf dem Felde von Grunwald davontrug, vergeudet hat. Und es hat sie vergeudet durch eine unzeitige, schlecht verstandene Ritterlichkeit, die es nicht gestattete, das so rühmlich begonnene Werk zu vollenden. Polen hat sie später vergeudet durch den Mangel an politischer Orientierung und staatlichen Sinnes, durch den Mangel an vorgesteckten Grundsätzen in der Politik und der Stetigkeit im Handeln, durch die Unfähigkeit planmäßigen, konsequenten, systematischen Festhaltens an einem klar vorgesteckten Ziel.

In dieser Hinsicht sündigen wir auch heut noch viel. Darum haben wir auch am 500. Jahrestage des Siegs bei Grunwald die Pflicht, die Dankeshuldigung dem Verstande, der Begeisterung und dem Willen darzubringen, die vor Jahrhunderten es verstanden haben, das Grauen der Gefahr zu begreifen und das Kreuzrittertum zu stürzen. Aber neben diesen Tugenden der Ritter von Grunwald müssen wir uns die nationalen Fehler der Erben des Siegs von Grunwald und unsre

eigenen vergegenwärtigen. Sie endgültig abzuschütteln und uns auf das Niveau einer hinsichtlich der Charaktermale möglichst allseitig reifen Volksgemeinschaft aufzuschwingen, damit dieser unser Charakter ein unverbrüchlicher Schild werde, an welchem die Spitzen der germanischen Hochflut ständig abprallen, — das ist neben der Ehrung des Andenkens der heldenhaften Schöpfer unsrer staatlichen Vergangenheit und unsrer nationalen Existenz die Hauptpflicht, zu der wir uns gedrungen fühlen sollten angesichts des 500. Jahrestages von Grunwald.

Der Goniec Wielkopolski schreibt in Nr. 160 vom 15. Juli:

So weit und breit Polen ist, sind heut, am 15. Juli 1910, alle Herzen voll Stolz, Ehrerbietung und Preis für die Sieger bei Grunwald und besonders für den König Wladislaus Jagiello. Wo irgend die polnische Sprache erklingt, steigt heut ein Lied und ein Gebet zu den Pforten des Himmels empor: Sei gesegnet für Grunwald!

O, denn dieses Grunwald ist nicht nur eine blutige Standarte des Waffenruhms, nicht nur ein Schrei der nationalen Rache an dem kreuzritterlichen Feinde des Vaterlandes.

Grunwald, das bedeutet eine heilige Beschwörung, welche Polen die Pforte zu einer großen Geschichte geöffnet hat; Grunwald, das bedeutet einen Triumph der polnischen Kultur. Grunwald, das bedeutet Polen.

Wäre der Kreuzritterorden nicht in Staub gestürzt zu den Füßen Wladislaus Jagiellos, wäre die Hydra nicht zerschmettert hingesunken unter den Hufen der polnischen Streitrosse, dann hätte die germanische Flut das Polentum ebenso aus Polen fortgewaschen, wie sie das Westslawentum an der Elbe, Spree und Oder verschlämmt, verwischt und ersäuft hat.

Ohne Grunwald wäre Polen nicht Polen. Die ganze Macht und der ganze Glanz des Jagiellonenstaats haben mit dieser denkwürdigen Schlacht den Anfang genommen. Sie ist die Pforte, durch welche die Nation das Feld des Ruhms betreten hat. Sie hat uns zu der Ernte eines goldenen Jahrhunderts geführt. Sie wurde das Fundament eines großen Staats, einer großen Nation.

Wir haben also das Recht, auf diesen geschichtlichen Moment stolz zu sein, und wir haben das Recht, dem Helden Altäre zu errichten, welcher auf den Brandtrümmern der Kreuzrittermacht eine riesige Fackel für die Zukunft der eigenen Nation entzündet hat. —

Und vor dem Altar des Königlichen Siegers fällt heut das Vaterland mit heißerem Gebet als je nieder; denn seiner Jugend droht wie einst der Verlust der teuersten nationalen Schätze; denn es bedarf Mut, um die Kräfte zur Verteidigung der polnischen Seele zu mehren, um das Ausharren zu stärken, bis zum schließlichen Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit.

Der Grunwaldartikel des nationaldemokratischen Kurjer Poznanski stimmt mit dem des Orendownik wörtlich überein. Beide Blätter erscheinen in dem gleichen Verlage.

Aus Nr. 153 des Lech (Gnesen) vom 9. Juli 1910:

Der preußische Gebietsteil und der Jahrestag von Grunwald.

Der Jahrestag der ewig denkwürdigen Schlacht auf den Feldern von Grunwald steht vor der Tür. Wer auch nur beiläufig unsere Geschichte kennt, der weiß, welche Bedeutung diese Schlacht und der polnische Sieg für die spätere Geschichte der polnischen Nation hatten. Wäre Jagiellos Heer den Kreuzrittern auf den Feldern von Grunwald und Tannenberg unterlegen, dann gäbe es heut keine polnische Nation mehr. Der 15. Juli 1410 war somit einer der wichtigsten, wenn nicht der in seinen Folgen bedeutungsvollste Tag in der Geschichte des Aufbaus des polnischen Staats.

Jede Nation erwähnt voll Ehrerbietung die Namen ihrer Helden und feiert das Andenken großer nationaler Ereignisse. Die in drei Teile gerissene, der staatlichen Gewalt der Teilungsmächte unterworfene polnische Nation kann leider unsere Nationalfeste nicht so feiern, wie dies deren Tragweite erheischte. Einzig der österreichische Gebietsteil kann die Jahrestage unserer großen geschichtlichen Augenblicke würdig begehen. Galizien bereitet sich somit zum feierlichen Begehen des Jahrestages von Grunwald vor. Daraus geht jedoch noch nicht hervor, daß die beiden anderen Gebietsteile den großen Jahrestag vollkommen passiv abwarten sollten. Das Großherzogtum Posen befindet sich allerdings von allen drei Gebietsteilen in der ungünstigsten Lage insofern, als es den Preußen untertan ist, welche sich für die Erben des dem polnischen Schwert bei Grunwald unterlegenen Kreuzritterordens halten. Die Erinnerung an Grunwald gehört mithin zu den für sie unangenehmen, und sie möchten das Begehen des 500. Jahrestages der Schlacht bei Grunwald seitens der Polen als preußenfeindliche Demonstration brandmarken. Indessen liegt den Polen keineswegs daran, gegen Preußen zu demonstrieren — es wäre dies geradezu eine Kinderei —, es liegt ihnen ferner nicht daran, den Jahrestag der Kreuzritterniederlage nach dem Muster der deutschen Sedanfeier festlich zu begehen. Wenn die Polen den 500. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald feiern, so tun sie es einzig deswegen, um sich die Tragweite dieses Ereignisses für die Geschichte Polens zu vergegenwärtigen. Die Polen haben sich nie von niedrigen Beweggründen leiten lassen, sie haben also auch heut nicht die Absicht, der Deutschen deshalb zu spotten, weil diese auf den Feldern von Grunwald eine Niederlage davongetragen haben. Ein solches Spotten und moralisches Sichweiden an dem Feinde überlassen wir anderen. Aber es kann uns auch niemand verwehren, unsre großen historischen Tage zu begehen.

Leider hat der preußische Gebietsteil bisher keine Vorbereitungen getroffen, um das Andenken des Jahrestages von Grunwald zu begehen. Die Aufrufe zu Beiträgen für die Grunwaldspende wird wohl kaum jemand für ausreichend ansehen. Die Auslöscher des nationalen Geistes haben sich auf ihren Standpunkt versteift, und diejenigen, welche etwas mehr wollten, haben ihre Aspirationen verkauft für die Aussichten, einige Tausend Mark zu sammeln.

Projektiert sind zwar Grunwaldfeiern in engen Zirkeln; aber diese werden wohl einen sehr bescheidenen Charakter haben und zum Teil überhaupt nicht zustande kommen. Die ungeheure Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft wird an der Feier des Grunwaldjahrestages keinen Anteil nehmen.

Fürwahr traurige Aussichten eröffnen sich für die polnische Volksgemeinschaft im preußischen Anteil, wenn man sieht, wie der Mangel an zivilem Mut gegenüber dem Feinde und das Schwinden des Gefühls der nationalen Würde unter uns immer mehr um sich greifen. Die Allgemeinheit der polnischen Volksgemeinschaft wartete ursprünglich nur auf das Zeichen, um an dem Begehen des Grunwaldjahrestages teilzunehmen, welcher zu einem mächtigen Faktor des natio-

nalen Bewußtmachens hätte werden können; den systematischen Bemühungen der Auslöscher des nationalen Geistes ist es jedoch gelungen, die Begeisterung abzukühlen und nach ihrem Willen Gleichgültigkeit hervorzurufen.

Heut sieht die polnische Volksgemeinschaft fast mit Apathie dem großen Jahrestage entgegen. Man sieht das auch an der Grunwaldspende, die sich unter den breiteren Schichten der Volksgemeinschaft nur mäßiger Unterstützung erfreut. Das ist ein böses Zeichen; denn eine Nation, die ihre Vergangenheit nicht zu ehren weiß, verdient keine Zukunft.

Aus Nr. 160 des Postęp (Posen) vom 15. Juli 1910:

Anläßlich der 500. Wiederkehr des Tages der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) schreibt der Postemp nach einer Darstellung der Schlacht, der Ursachen des polnischen Sieges und der Niederlage der Kreuzritter in einem Schlußpassus folgendes:

„Das sind die historischen Betrachtungen in den Tagen der Grunwaldfeier: Es standen sich zwei Gewalten gegenüber: eine brutale und eine moralische Gewalt. Die brutale Gewalt, das sind die Kreuzritter, die moralische die Polen. Es standen sich das germanische und das slawische Ungestüm gegenüber. Die letztere Kraft siegte. Es ist der geschichtlichen Gerechtigkeit Genüge geschehen, der Kreuzritterorden lag für immer vernichtet am Boden, denn er hat nicht mehr seiner großen Aufgabe eines christlichen Ordens entsprochen. Der Sieg bei Grunwald brachte Polen den Triumph und die Freiheit seiner Entwicklung und dem Kreuzrittertum die Vernichtung. — — — — —

Viele legen sich heute die Frage vor, warum Polen nach so vielen glänzenden Siegen, wie der Grunwaldsieg und noch anderen, in das Joch der Sklaverei gekommen ist? Was haben all die Siege genützt, wenn das polnische Volk heute doch die politische Existenz verloren hat und von allen Seiten grausam unterdrückt wird. Auch den Grunwaldgedenktag festlich zu begehen, haben wir keine Ursache, da das Land in Trauer und Bedrängnis ist. Diesen Zustand zu schaffen, haben viele Ursachen beigetragen; eine der Hauptursachen war die, daß die polnischen Führer die Siege nicht auszunutzen verstanden. So geschah es auch bei Grunwald. Statt den unversöhnlichen Feind vollständig zu vernichten, hat der polnische Mangel an Umsicht hier gefehlt, wofür wir jetzt zu büßen haben.

Doch dies ist noch keine Ursache, um in unseren traurigen Zeiten keine historischen Gedenktage zu begehen, die uns aufmuntern, in unserm unblutigen Kampf ums Dasein stärken und uns die Zuversicht geben sollen, in eine bessere nationale Zukunft zu schauen.

Die Zeiten haben sich geändert, das Schwert ist mit der Pflugschar, die Kriegstrompete mit der Hebung der Aufklärung unter den breiten Massen des Volkes vertauscht worden. Und in diesem Sinne begehen wir heute einig die Grunwaldfeier. Die Verbreitung der Aufklärung, die Verbreitung des nationalen Lichtes, sowie die Verbreitung der Wohlhabenheit in der Gesamtheit, das sind die Parolen der heutigen Tage.

Möge der Tag des „Blutes und der Ehre", der Grunwaldsieg, heute, am 500. Jubiläumstage ein Tag der Erweckung und unserer nationalen Wiedergeburt in friedlichen Werken werden, die in der Kulturwelt mehr Bedeutung als die Schwerterrungenschaften haben.

Denken wir daran, daß ebenso wie auf den Feldern von Grunwald Polen Gerechtigkeit geschehen ist, auch heute, nach 5 Jahrhunderten, wenn wir bei unserer Nationalität und unserem Glauben beharren werden, uns Gerechtigkeit geschehen wird. Denken wir daran, daß der Grunwaldgedenktag nicht nur die Erinnerung einer glänzenden Vergangenheit sein soll — sondern die Vergangenheit mit der Zukunft verbinden, die in Gottes Macht und unseren Händen ist.

Ehre und Lob diesem großen Gedenktag, der uns in unseren großen für das Vaterland unternommenen Taten immer mehr befestigen soll. Ebenso wie König Jagiello und dessen Bruder Witold nebst der ganzen polnischen und litauischen Ritterschaft zum Wohle Polens zum Schwerte griffen und Mühsal ertrugen, so arbeiten auch wir heute ausdauernd und mit Aufopferung bei der nationalen Standarte.

Ehre Grunwald!

Aus Nr. 156 des Wielkopolanin (Posen) vom 10. Juli 1910:

Die Haltung der polnischen Stadtverordneten in Sachen der Bewilligung von 30000 Mark zur Ausschmückung der Straßen anläßlich der Einweihung des Kaiserschlosses (die polnischen Stadtverordneten stimmten — wie bekannt — für die Position) begründet der Wielkopolanin mit folgendem Satz: „Die polnischen Stadtverordneten sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß unsere traditionelle Gastfreundschaft solche Handlungsweise direkt gebietet".

Daran schließt der Kurjer Poznanski (Nr. 157 vom 12. Juli) folgende Glossen: „Das ist tatsächlich eine sehr „traditionelle" und sehr „altpolnische" Politik. Dieselben „traditionellen" und „altpolnischen" Politiker, die früh so schreiben, sind am Abend im Bazar bereit, „ein pereat unserm Feinde" auszubringen und mit Tränen im Auge „Noch ist Polen nicht verloren" zu singen!"

Aus Nr. 153 des Lech (Gnesen) vom 9. Juli 1910:

Zu der Haltung der Posener polnischen Stadtverordneten.

Gegenüber dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung von 30000 Mark zur Ausschmückung der Stadt aus Anlaß der Schloßeinweihung meint der Lech:

„. . . Zu einer solchen Feier bewilligen also die Polen 30000 Mark, und das in einer Stadt, deren finanzielle Verhältnisse die übelsten sind und deren Wirtschaft die Einwohner ruiniert! Das übersteigt schon alle Grenzen! Der Versöhnungskoller ergreift immer breitere Kreise und richtet immer ärgere Verwüstungen an. Und die, welche sich ihm mit aller Energie entgegenstellen sollten, sitzen untätig mit gefalteten Händen da. Wie wird das Alles werden?"

In der gleichen Angelegenheit heißt es in Nr. 153 des Dziennik Kujawski vom 9. Juli 1910:

Wir sind also unverbesserlich. Wir haben nichts gelernt. Nichts haben die Preßstimmen, die Stimmen des Protestes der aus Anlaß des Eintretens der polnischen Fraktion für die Erhöhung der Königlichen Zivilliste empörten öffentlichen Meinung geholfen. Die Posener polnischen Stadtverordneten haben wiederum für die bedeutenden Ausgaben zur Verschönerung der Stadt aus Anlaß des Posener Kaiserbesuchs gestimmt. Der Kaiser kommt nach Posen zur Einweihung des

Schlosses, welches ein sichtbares Zeichen der preußisch-deutschen Stärke und Macht in den polnischen Landen sein soll. Dieses Schloß soll den Stolz der polnischen Seele niederdrücken.

Und es hat sich nicht ein einziger polnischer Stadtverordneter gefunden, der bei der Abstimmung den Saal verlassen und damit vor der Welt den Beweis dafür erbracht hätte, daß er vor allem mit den loyalen Trieben des Restes seiner polnischen Kollegen nicht einverstanden sei.

Sind mehr Worte nötig? Sollen wir unsere Auslassungen wiederholen, die wir anläßlich der Abstimmung der polnischen Landtagsfraktion getan haben? Es reicht hin, wenn wir bemerken, daß wir auf dem gleichen Standpunkt stehen, wie bei dem Beschlusse der Landtagsfraktion.

Im gegenwärtigen Fall gewinnt die ganze Sache noch eine krasse Ironie am Vorabende des Grunwaldjahrestages, zu dessen Feier auf dem Wege einer Spende auch einige Posener Stadtverordnete aufgefordert haben, die jetzt durch die Tat bezeugten, daß sie den Charakter der Posener deutschen Schloßfeierlichkeiten nicht verstanden haben.

Mit Furcht blicken wir auf die Augusttage. Wohin müssen nämlich in der Konsequenz die gelangen, welche so verfahren? Wird man die preußischen Kammerherren verurteilen können, welche pflichtgemäß aufs Schloß gehen werden, wenn wir sehen, daß Vertreter der unabhängigen polnischen öffentlichen Meinung sich in unverständlichen und unnötigen Loyalismus kleiden?

An sich drängt sich schließlich die Frage auf, ob polnische Stadtverordneten in politischen Angelegenheiten — die Schloßangelegenheit ist eine solche — ihren Standpunkt betonen dürfen, die Stadtverordnetenversammlung ist nicht das Terrain zum Inswerksetzen politischer Aktionen."

In Nr. 153 des Dziennik Bydgoski vom 10. Juli 1910 heißt es:

Der 500. Jahrestag des berühmten Sieges von Grunwald trifft uns in einer traurigen Lage: im Staube vor dem Feinde. Und in diesen Staub hat uns nicht der Feind gestoßen, sondern die eigenen Landsleute, welche nicht an die moralische Kraft der Nation glauben, sondern an Verhandlungen mit dem Feinde, an Abmachungen, die der Schande und Demütigung gleichkommen, denn wir bieten das, was niemand von uns verlangt. Und wir sind nicht sicher, ob man uns nicht einen Fußtritt versetzen wird, wenn wir in der eigenen Schande uns herumwälzen werden.

O Ihr Dummen, Dummen, Dummen, Ihr, die Ihr glaubet, daß Ihr etwas erbetteln werdet durch Sichherabwürdigen! Noch sind Eure Gesichter geschwollen von den Ohrfeigen, und schon wieder bietet Ihr sie dar, damit man Euch darauf schlage. So beschaffen ist Euer Charakter, Ihr Herrchen, die Ihr Euch als Edelleute aufspielet!

Aus Nr. 154 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 12. Juli 1910:

Aus Posen schreibt man uns:

Unsre Versöhnungsparteiler werden doch aufs Schloß gehen, um sich vor dem Könige zu verbeugen. Alles ist schon beschlossene Sache, und die verschiedenen Kammerherren drehen sich wie die Fliege im heißen Wasser. Sie können den Augenblick nicht erwarten, wenn sie die Ehre haben werden, den Staub fortzufegen. Dem Beispiel des Adels und mancher Geistlichen folgen die Spießbürger. Auch sie möchten einen Orden erwischen, deren angeblich einige unter die Polen verteilt werden sollen. Solche Versprechungen hat man übrigens von nicht maßgebender Seite her unseren Versöhnungsparteilern gemacht, die da meinen, sie würden die Nation erretten, während sie sie nur mit Scham und Schande bedecken.

Aus Nr. 152 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 9. Juli 1910:

Speichelleckerei.

In der letzten Zeit vermehrt sich bei uns die Gattung von Leuten, die den Namen Speichellecker verdienen, weil sie gerne die preußische Klaue, die Kürassierstiefel und andere Teile des preußischen Körpers lecken. Als die Versöhnungspolitik so schändlich Fiasko gemacht hatte, begann man diese Art der gleichen Klasse der Geschöpfe Gottes zuzuzählen, welcher die Gelehrten z. B. die Esel zuzählen. Mit der Zeit scheint eine Metamorphose einzutreten, aber sie war nur oberflächlich. Die langen Ohren waren allerdings irgendwie verloren gegangen, geblieben waren aber die gebeugten Rücken und die zum Küssen der Kürassierstiefel und anderer Gegenstände gespitzten Lippen.

Im preußischen Landtage haben sich die Speichellecker zur großen Freude der Nachfolger Bismarcks und zur Schande der polnischen Nation benommen. Und da das Beispiel häufig ansteckend wirkt, sind die Posener Speichellecker den Berlinern gefolgt.

— Es folgt nun die Mitteilung, daß die Stadtverordnetenversammlung in Posen zum Zwecke der Ausschmückung der Stadt anläßlich der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Posen 30 000 Mark bewilligt hat. —

Zum Schluß heißt es:

In der gleichen Sitzung haben die deutschen Stadtverordneten den Polen eine ordentliche Ohrfeige versetzt, denn trotz ihres Protestes haben sie verschiedenen deutschen Schulen, die das Deutschtum unterstützen, Subventionen bewilligt.

Die Abstimmung der Posener Stadtverordneten, das ist die Folge der Tätigkeit des Nationalbundes, der beabsichtigt, einen Teil der Geistlichkeit und des Adels in das Kaiserschloß zu führen. Wir wünschen ihnen allen, daß sie der Kaiser so behandeln soll, wie er auf dem Markte in Gnesen die demütigen Domherren behandelt hat.

Auch die Posener Demokraten sind nicht ohne Schuld. Ihre langweilige und tölpelhafte Haltung hat die verkappten und offenen Anhänger der Versöhnungspartei immer mehr ermutigt. Wir danken für solche Verhältnisse.

Aus Nr. 156 des Kurjer Poznański (Posen) vom 10. Juli 1910.

In Sachen der höchsten nationalen Instanz faßte der Hauptrat des nationaldemokratischen Vereins folgende Resolution:

Die Schaffung einer höchsten Behörde, deren Weisungen in wichtigen nationalen Angelegenheiten für die Gesamtheit bindend wären, ist erwünscht.

Dem Zentralwahlkomitee hat die Gesamtheit einzig und allein die Erledigung von Wahlsachen und nicht die politisch-nationalen Angelegenheiten anvertraut; daher können seine Weisungen, soweit sie

Wahlsachen nicht betreffen, für die Gesamtheit die Bedeutung von verpflichtenden Beschlüssen nicht haben.

Zur Organisation einer nationalen Hauptbehörde kann man erst dann schreiten, sobald man ihre Kompetenz genau bestimmt hat.

Diese Behörde dürfte nicht ausschließlich aus Personen der Wahlorganisationen bestehen, sondern sie müßte ebenfalls auf Organisationen von streng politischen Zielen basieren und die Vertreter der Abgeordnetenfraktionen und der Presse umfassen.

Aus Nr. 156 des Kurjer Poznański (Posen) vom 10. Juli 1910:

Unter dem Titel „Die Rechte und die Politik der Kompromisse" schreibt der Kurjer Poznanski u. a. folgendes:

Wir sollen angeblich „Radikale" sein. Und wer hat doch die Gesamtheit zum Kompromiß gebracht, als es um die Enteignung und den Sprachenparagraphen ging? Die extreme Linke forderte Hunderte von Protestversammlungen noch vor der Beschlußfassung über die betreffenden Gesetze, die extreme Rechte wiederum wollte ein loyales Manifest erlassen. Es würde in diesem Augenblick zu einem schrecklichen Zerwürfnis in der Gesamtheit gekommen sein, wenn die durch die Rechte so sehr gehaßten Elemente des heutigen demokratisch-nationalen Vereins nicht die Ausführung sowohl der einen wie auch der anderen Forderung unterlassen und sie durch einen einzigen gemeinsamen Protest schon nach der Fassung der entscheidenden Beschlüsse ersetzt hätten. Damals strebten wir nach dem Kompromiß keinesfalls aus „Schwäche" und keinesfalls aus Rücksicht auf Berlin, denn wir gaben uns von vornherein der Täuschung nicht hin, sondern wir hielten es für unsere nationale Pflicht, in diesem epochemachenden Moment dem Zwiespalt in der Gesamtheit vorzubeugen. Es ist uns damals gelungen, die extreme Linke — sie tat dies nicht gern — zu Gunsten des Kompromisses zur Nachgiebigkeit zu stimmen, um auf diese Weise auch die extreme Rechte zum Kompromiß zu bewegen. Und zu welcher Gegenleistung schwangen sich fast alle extrem rechtsstehenden Faktoren auf? Als es zu der allgemeinen Versammlung nach der entscheidenden Annahme der Gesetze in Berlin kam, versagten sie die Teilnahme.

Heute haben wir ähnliche Verhältnisse. Die Linke zeigt Neigung zum Kompromiß: in der Angelegenheit der Grunwaldfeier z. B. reduzierte die Linke aus Rücksicht auf die Rechte ihre Forderungen bis aufs Minimum; in der Angelegenheit der Zivilliste und der Schloßfeierlichkeiten halten sich alle bedeutenderen demokratischen Elemente an die mittlere Linie, alles Extreme vermeidend. Man möchte meinen, die Rechte müßte im eigenen politischen Interesse, wenn sie schon andere Rücksichten unterschätzt, die Bemühungen der erwähnten demokratischen Elemente unterstützen. Statt dessen geht man nun extrem in der Richtung der Manifestierung der preußischen Loyalität vor. Wozu kann dieses führen? Wenn die betreffenden Kreise die Meinung der breiten Schichten der Gesamtheit mit weiteren Demonstrationen der preußischen Loyalität geringschätzen werden, so mögen sie sich dann nicht wundern, wenn der Augenblick einer solchen Erbitterung der breiten Schichten kommt, daß die organisierten demokratischen Elemente ihn nicht mehr zurückhalten werden können, und daß dafür andere Leute die Parole von lauten öffentlichen Demonstrationen aufwerfen werden, die sowohl gegen die Leiter des Staates als auch gegen unsere unüberlegten und rücksichtslosen Loyalisten gerichtet sein werden.

Aus Nr. 157 des Postęp (Posen) vom 12. Juli 1910:

Zeitreime.

Lukas und Kleophas (der Prälat mit dem Rechtsanwalt) gingen dem Feinde die Pfote lecken, um dafür die Futterreste zu erhalten.

*

Die beiden polnischen Fraktionen kriechen auf dem Bauche; und obwohl sie niemand ruft, verneigen sie sich demütig.

*

Der Rechtsanwalt mit dem Prälaten werden wie Brüder aufs Schloß gehen, um ihre Rücken zu beugen und die herrschaftlichen Türklinken zu halten.

*

Für das Bücken des „Kreuzes" wird vielleicht einer von ihnen ein „Kreuz" erhalten oder einen Bischofshut, und das Land wird „Ruhe" (???) haben.

Ein Nationalist.

Aus Nr. 82 des Przyjaciel Ludu (Posen) vom 9. Juli 1910:

Auf den polnischen Arbeiter.

Der Satz des Götzen der Polenfresser, Bismarck, daß das Polentum nur die Geistlichkeit und die Schlachta ausmachten und erhielten, findet heute sogar bei den Preußen selbst keinen Glauben mehr. Sie kamen nämlich zu der Überzeugung, daß die mächtigste Stütze des Polentums das polnische Volk sei, dasselbe Volk, das trotz der Sorge um das tägliche Brot und trotz der fortwährenden Verfolgungen und Schikanen im bürgerlichen und nationalen Bewußtsein mächtig gewachsen ist. Daher auch hat sich in den letzten Jahren die Schärfe der antipolnischen Politik des öftern und immer empfindlicher gegen dieses Volk gerichtet, besonders gegen den Arbeiter. Erwähnt seien hier nur das Parzellierungsverbot und das Enteignungsgesetz. Weil jedoch auch diese Gesetze nicht imstande waren, den nationalen Geist unseres Volkes zu brechen, riet der bekannte Professor Bernhard, die Enteignung auf größter Grundlage zu betreiben, um auf einmal das polnische Volk aus seinen väterlichen Sitzen zu vertreiben. Zu dieser Massenenteignung würden aber so viele Millionen erforderlich sein, daß Preußen diese Summen kaum von den Juden bekommen könnte; daher verfiel ein anderer polenfresserischer Weiser auf eine ganz andere Idee.

Jener Zehnmalkluger predigt also: Bekannt sei der Landhunger des polnischen Arbeiters. Diesen Hunger müßte die Regierung ausnützen und dem polnischen Arbeiter hier und dort kleine Parzellen bei niedriger Anzahlung überlassen, aber nicht gleich als Eigentum, sondern zuerst zur Pacht. Wer nun für diese paar Beete bereit sei, dem Preußentum seine Sprache und seinen Glauben zu verkaufen, könne dieses Land zum Eigentum erhalten, die anderen seien aus der Pachtung hinauszuwerfen. Wenn die Regierung in dieser Weise verfahre, werde sie in den Augen des polnischen Volkes als Beschützerin und Wohltäterin

erscheinen. (!) Das polnische Volk werde, gerührt durch so viel Güte der Regierung, aufhören, auf seine Führer zu hören, und es würde auf die Seite der Regierung treten. (!) Werde nun das Polentum seine festeste Stütze, das Arbeitervolk, verliere, so sei sein Ende nahe, und das Deutschtum könne triumphieren, denn dann müssen alle Polen sich entweder verpreußen oder zum Bettelsacke greifen.

Dieses also hat sich jener Schlaukopf ausgetüftelt; doch seine ganze geistvolle Spekulation ist nicht einen Pfifferling wert.

Ja, in den früheren Zeiten, wo es noch keine polnischen Volkszeitungen gab, konnte man dem Landvolke so manches vorreden, wie man auch dem Volke einredete, daß erst Preußen das polnische Volk von der Leibeigenschaft errettet hat, obwohl in Wirklichkeit in jener berühmten Konstitution des 3. Mai das Volk in Polen solche Rechte erhalten hat, wie sie noch kein Volk der damaligen Zeit hatte. Früher also hat man unserem Volke so manches vorreden können, heute ist dieses schon etwas schwierig, denn die Finsternis fängt an — dank den polnischen Volkszeitungen — immer mehr zu weichen, und die Aufklärung zieht immer größere Kreise. Ehe also heute die Herren Kommissare und andere Wächter der Ruhe und Ordnung sich ans Werk machen würden, würde das polnische Volk aus den Zeitungen schon erfahren haben, worum es geht und die unberufenen Beschützer mit Spott empfangen.

Übrigens ist eine Warnung seitens der polnischen Zeitungen nicht notwendig, denn jeder, der seine fünf Sinne in Ordnung hat, würde sofort die preußische Spreu erkennen. Daher auch würde der erste beste Arbeiter vom Dreschflegel oder Hammer jenem Superklugen folgendermaßen antworten:

Das Land ist eine lockende Sache und ich wünsche, es zu besitzen, auch wenn ich mir die Hände abarbeiten sollte. Aber nur dann hat das Land für mich einen Wert, wenn es mein Eigentum ist — ohne jegliche Bedingungen und Ausflüchte.

Wenn ihr mich erst auf die Probe stellen wollt, ob ich mich euch verkaufe, und das Land mir erst dann geben wollt, wenn ich mich bestechen lasse, so gebt das Land lieber euren Landsleuten, und ich will warten, bis sie der Teufel von hier holt, oder aber, bis ihr selbst sie von dannen treibt, wenn sie euch zu viel zu schaffen machen.

Will die Regierung das polnische Volk aufrichtig beschützen, so möge sie zuerst die Kolonisation, die Enteignung, das Verbot der Parzellierung und alle die Gesetze und Verordnungen, die für äußeren Untergang geschmiedet worden sind, aufheben, und dann erst kann sie sich unser Vertrauen verdienen.

Daß das ganze polnische Volk auf diese Spreu hineinfallen und von der Verteidigung seiner Nationalität und seines Glaubens Abstand nehmen sollte, ist, gechrter Herr Klugkopf, ein starker Irrtum. Räudige Schafe und dumme Hammel würden sich ja hier und dort finden, aber das ganze Volk würde übrigens bei seiner polnischen und katholischen Standarte aushalten. Es wird noch Hunderte solcher Klugköpfe, Hunderte Minister und Tausende gegen dasselbe gerichtete Stöße aushalten, denn es ist mit Willen Gottes hier auf seinem eigenen väterlichen und Piast'schen Grund und Boden, ihr aber seid hier Hergelaufene und Raubkrieger.

So also würde jenem Superklugen der erste beste polnische Arbeiter antworten. — Will er es nicht glauben, so möge er in unsere Gegenden kommen und sich davon überzeugen.

Aus Nr. 152 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 9. Juli 1910:

Der Dziennik Kujawski

ist eine originelle nationale Zeitung. Stets behauptet er, daß unsere Politik bestimmte Ziele haben muß, und wenn man ihm diese bestimmten Ziele zeigt, dann sieht er sie nicht. Wir haben darauf hingewiesen, daß unter dem Aufrufe, der zur Grunwaldspende auffordert, sich Namen befinden, die unwürdig sind, dort zu figurieren. Auf manche haben wir ziemlich deutlich hingewiesen. Andrerseits haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß wirklich verdiente Leute, besonders in den Grenzmarken, fortgelassen worden sind. Wir haben also erklärt, daß wir unter diesen Umständen Gaben für die Grunwaldspende nicht entgegennehmen können.

Zu einem derartigen Protest gegen die Demoralisierung der öffentlichen Meinung waren wir gezwungen, da es die Volkspresse nicht für angebracht hielt, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Zunächst sagt der Dziennik Kujawski, daß wir nicht Gründe, sondern nur Allgemeinheiten gebracht haben. Es sind dies alte Witze, denn der Dziennik Kujawski hätte wissen müssen, daß zunächst Propst Piotrowski, der sich den nationalen Dingen fernhält und den Patrioten gegenüber eine direkt feindliche Haltung einnimmt, bei jeder Gelegenheit seinen Orden trägt. Unter dem Aufruf figuriert er natürlich. Auch Herr von Moszczenski aus Wiatrowo ehrte in einer geräuschvollen Rede im vergangenen Jahre den Landrat, wofür ihn das Volk aus dem Wahlkomitee entfernte. Auch dieser Herr figuriert unter dem Aufruf.

Sollen wir dem Dziennik Kujawski noch mehr Leute anführen, die nicht unter dem Aufruf figurieren dürften und dennoch unter ihm figurieren? Wir werden dies gern tun, denn augenscheinlich lebt er auf dem Monde und kennt unsere Verhältnisse nicht.

Haben wir also ohne Grund einen Schritt unternommen, der in den Augen dieses Organs keine Gnade gefunden hat? Wir sind der Ansicht, daß wir sogar zu viele Gründe gehabt haben. Was heute der Dziennik Kujawski von Leuten schreibt, die uns wegen ihrer Parteizugehörigkeit unangenehm sind, das ist — wir bitten um Verzeihung — dummes Zeug.

Wirklich verdiente und auf nationalem Gebiete tätige Leute achten wir immer, wenn wir sie in politischer Hinsicht auch bekämpfen.

Möge sich der Dziennik Kujawski darnach richten und uns in Frieden lassen, denn die Grenzmarken werden auch ohne seine Hilfe fertig werden.

Aus Nr. 153 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 10. Juli 1910:

Hand weg, „Germania"!

Dem „Nationalbunde" stellt die katholische Germania das Zeugnis aus, daß er „nicht warm und nicht kalt" sei, und daß er „eine überaus klägliche Rolle spielen werde, wenn er überhaupt imstande sein werde, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken". Ferner wirft das Blatt dem Bunde vor, daß er nicht verstehe, zielbewußt zu agitieren und seine Anhänger aufzuklären. Insoweit man mit diesen Äußerungen einverstanden sein kann, insoweit ist schwer zu verstehen, wie man den Prälaten v. Jazdzewski einen „sehr weitblickenden Politiker" nennen kann. Aber das ist schon Sache der Germania und derjenigen, welche die politischen Anschauungen des Prälaten teilen.

Entschieden müssen wir jedoch gegen eine Behauptung des katholischen Blattes auftreten, welches

stets betont, es kenne unsere Verhältnisse und es wolle für uns Gerechtigkeit, gegen die Behauptung nämlich, als fielen die polnischen radikalen Blätter schamlos und frech über die vorgesetzten kirchlichen Würdenträger her, sofern diese sich ihren Wünschen nicht unterwerfen wollten. Frech und unverschämt ist eine solche Behauptung der Germania in ihrem Leitartikel, frech und unverschämt ist das Gerede, daß die radikale Presse die Religion nur als Deckmantel für ihre Neben- und politischen Zwecke benütze. Und schon geradezu eine schändliche Lüge und eine gemeine Erdichtung ist das Gerede, daß „die großpolnische Idee" (die Germ. versteht darunter alles, was sich nicht zum konservativen Lager rechnet) in Wirklichkeit sozialistisch sei. Wenn das Blatt solche Informatoren hat, so möge es in unseren Angelegenheiten lieber nicht das Wort ergreifen. Wenn es sich dieser Informatoren weiter bedienen wird, so nehme es auch die Hand fort von uns und unseren Angelegenheiten. Verkappter Hakatisten, steckten sie auch im katholischen Gewande, spotten wir und — wir verachten sie.

Aus Nr. 157 des Lech (Gnesen)
vom 14. Juli 1910:

Unverbesserlicher Landverschacherer.

Herr Gabriel Ritter aus Posen, der schon als Verschacherer im „schwarzen Buche" figuriert, hat wiederum ein Werk vollbracht, welches seinem Namen keine Ehre bringen wird.

Er hat von dem polnischen Vorwerk Werdumki, Kreis Obornik, zwei Deutschen etwa 150 Morgen schönen Boden verkauft, ohne sich deswegen Bedenken zu machen, nur um Judasgroschen einzuheimsen.

Dieser völlige Mangel an patriotischem Empfinden kann um so mehr empören und erbittern, als Herr Gabriel Ritter bei den Parzellierungsgeschäften vorwiegend von den Fonds eines polnischen Instituts, der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften, Gebrauch macht. Diese kennt zweifellos die Seitensprünge ihres Kunden, ungeachtet dessen unterhält sie aber zu ihm Beziehungen, und zwar, wie wir hören, mit Rücksicht auf eine gewisse höhere, einflußreiche Protektion. Ein solcher und andere unverbesserliche Verschacherer sollen die Hand vom polnischen Groschen lassen! Die Tür muß man ihnen weisen. Wir werden aufpassen, ob die polnischen Institute diese selbstverständliche Pflicht erfüllen werden.

Aus Nr. 152 des Lech (Gnesen)
vom 8. Juli 1910:

Die Parzellierungsbank macht Boden verloren gehen.

Man schreibt uns aus Posen:

Die Parzellierungsbank in Posen, die in den Augen der polnischen Volksgemeinschaft im höchsten Grade diskreditiert ist, wendete einen neuen Kniff an, um straflos ihre Geschäfte zu machen. Sie veröffentlicht ihre Bodenverkäufe nicht selbst, sondern es tut dies seinerseits der Händler und Fleischer Herr Adam Wujec, Posen, Wallischei. Er erhält Vollmacht, und er verkauft, natürlich mit Gewinn, dem, der sich trifft.

Möge die Parzellierungsbank sagen, ob es nicht wahr ist, daß Scheufelsmühle von der Bank der Lutheraner August Bartsch gekauft hat! Ferner hat August Friedrich eine Parzelle in Breitenfelde bei Gnesen gekauft und viele andere.

Vor kurzem hat Herr Sikorski bekannt gegeben, daß Breitenfelde, das sich seit sovielen Jahren in deutschen Händen befunden hat, die Parzellierungsbank und von ihr der achtbare Wirt Josef Piechota gekauft habe. Wer hat Breitenfelde heut? Wozu diese Prahlereien, das Reizen der Deutschen und das Geschrei, daß die rettende Parzellierungsbank soviel ausgerichtet habe, während Sikorski doch den Herrn Jesus verkaufen würde, um nur zu verdienen und Tausende einzuscharren. Um die polnische Volksgemeinschaft kümmert er sich garnicht, und er denkt durchaus nicht daran, daß ihm das Geld der polnischen Volksgemeinschaft anvertraut ist.

Soweit unser Korrespondent. Es fehlt uns wirklich schon an Worten, um die schändliche Arbeit dieser Raubbank zu brandmarken. Unser Kampf kann leider den erwünschten Erfolg nicht davontragen, da uns die Posener Presse darin nicht unterstützt.

Aus Nr. 155 des Lech (Gnesen)
vom 12. Juli 1910:

Wem verdankt Wreschen den ersten Ansiedler?

Eine Polin, Frau Radziejewska aus Wreschen, hat ihr dortiges Hausgrundstück mit 16 Morgen prächtigem Boden, dicht bei der Stadt gelegen, an einen deutschen Ansiedler aus Biechowo verkauft.

Bei diesem scheußlichen Verkauf vermittelte der Vorsitzende des Vereins junger Gewerbetreibender in Wreschen, Herr Stanislaus Wojciechowski, wofür er auch Judassilberlinge erhalten hat. Dieser Gesellschaft „Radziejewska & Wojciechowski" verdankt Wreschen den ersten Ansiedler. Und einen solchen Vorsitzenden duldet der Verein junger Gewerbetreibender in Wreschen in seiner Mitte!

Aus Nr. 154 des Lech (Gnesen)
vom 10. Juli 1910:

Ein Verschacherer will eine Propstei pachten.

Man teilt uns mit, daß Herr Frankowski, der vor 2 Jahren eine Wirtschaft in Pyszczynek an einen Deutschen verkauft hat, die Absicht haben soll, das Propsteiland in Sokolniki zu pachten. Wir machen daher den Herrn Propst und den Kirchenvorstand auf diesen Herrn aufmerksam.

Aus Nr. 157 des Lech (Gnesen)
vom 14. Juli 1910:

Es gibt in Posen keine polnischen Rechtsanwälte!

So meint wenigstens die berüchtigte Parzellierungsbank in Posen mit dem berüchtigten Direktor, Herrn Sikorski an der Spitze, der die Bankangelegenheiten jüdischen Anwälten übergibt. So spottet die Parzellierungsbank also aller nationalpolnischen Losungen. Land verkauft sie Deutschen, und die Losung „Der Landsmann zum Landsmann" besteht für sie nicht.

Wie lange, Catilina, wirst du unsere Geduld mißbrauchen?!

Aus Nr. 158 des Kurjer Poznański (Posen) vom 13. Juli 1910:

Betrifft die Duldung fremder Grundsätze.

Man schreibt uns aus der Provinz:

Ich beabsichtige keineswegs, die Polemik betreffend die Ablehnung der Satisfaktion oder betreffend die Ablehnung, mit jemandem im Ehrengericht zusammenzusitzen wegen seiner politischen Tätigkeit oder gar wegen seiner konfessionellen Überzeugung, von neuem anzufangen. Am Vorabende des Grunwaldjahrestages möchte ich nur auf die Zusammensetzung des Präsidiums des galizischen Landeskomitees für die Grunwaldfeier hinweisen. Unter dem Aufruf des Komitees figuriert in dem engen, aus 15 Personen bestehenden Kreise des Präsidiums neben dem Bischof Bandurski und dem Geistlichen Krupinski u. a. — der Sozialist Daszynski. Die hiesige Volksgemeinschaft sollte sich an dem Beispiel einer solchen Duldsamkeit ein Muster nehmen. Schreiber dieses ist als Nationaldemokrat und Katholik aus wirklicher Überzeugung ein entschiedener Gegner des Sozialismus, und er kämpfte mit ihm schon manchmal im öffentlichen Leben. Schreiber dieses kann jedoch nicht verschweigen, daß die gegenseitige Duldsamkeit und Solidarität angesichts des großen Nationalfestes, wie sie im galizischen Landeskomitee sich kundgetan hat, auf ihn einen überaus günstigen Eindruck macht. Wenn doch der Geist der Duldung fremder Grundsätze, welcher aus der großmütigen bürgerlichen Tätigkeit solcher Erzhirten, wie der Bischöfe Bandurski und Teodorowicz so klar spricht, auch bei uns die Volksgemeinschaft zu wahrem, gesundem Fortschritt führen möchte!

Aus Nr. 154 des Dziennik Poznański (Posen) vom 8. Juli 1910:

Das polnische Gewerbehaus

(Dom przemyslowy).

Dienstag, den 5. d. Mts., abends fand die Generalversammlung des „Dom Przemyslowy" statt. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn Dr. Pomorski.

Nach der Berufung des Regierungsbaumeisters Herrn Rzepecki zum Schriftführer, legte vor und erklärte den Jahresbericht und die Bilanz für 1909 das Vorstandsmitglied Herr Rechtsanwalt Wyczynski. Die Bilanz weist mit Einschluß der Verluste aus dem Jahre 1908 (10 682,09 Mk.) ein Defizit in Höhe von 104 791,42 Mk. auf. Dieses Defizit beruht darauf, daß man den Wert der Immobilien des Gewerbehauses um 100 726,60 Mk. niedriger angab als in den Vorjahren. Dieses geschah auf Grund der Statutenänderung, die man in der Generalversammlung vom 22. Dezember v. J. beschlossen hatte. Die vorjährige Generalversammlung hat nämlich beschlossen:

1. Die Miete wird für das Jahr berechnet, für welches die Bilanz aufgestellt wird; dabei werden die einzelnen Wohnräume insoweit berücksichtigt, als sie in dem betreffenden Jahre vermietet waren; Miete, die man im gegebenen Falle für nichtvermietete Wohnräume hätte erzielen können, wird nicht berücksichtigt.
2. Von der berechneten Miete werden 10 Prozent für die Kosten der Zentralheizung abgezogen.
3. Den dadurch entstandenen Unterschied nimmt man 16 mal.
4. Das dadurch entstandene Produkt wird in der Bilanz für das betreffende Jahr als Immobilienwert eingesetzt.

Nach dem Bericht des Herrn Stanislaus Krysiewicz über den Verlauf der durch die von der Generalversammlung gewählten Revisionskommission erfolgten Revision, wurde die Bilanz angenommen und dem Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt.

In weiterer Konsequenz des in der vorjährigen Generalversammlung gefaßten und weiter oben mitgeteilten Beschlusses, weiter in der weiteren Konsequenz der Bilanz für 1909, beschloß die Dienstagversammlung zur Deckung des Verlustes zu verbrauchen:

1.	den Reservefonds in Höhe von	13 388,77 Mk.
2.	den Fonds für Reparaturen in Höhe von.....	2 438,04 „
3.	den Spezialreservefonds in Höhe von.....	5 382,00 „
	Zusammen	21 208,81 Mk.
	Weiter beschloß man für denselben Zweck von den Anteilen zu verbrauchen	74 132,92 „
	Weil das Defizit im ganzen beträgt, und es nur in Höhe von gedeckt wird, bleibt noch ein	104 791,42 Mk. 95 341,73 „
	Defizit in Höhe von.....	9 449,69 Mk.

Infolge des Verbrauchs von 74 132,92 Mk. von den Anteilen verbleiben nur noch 1 756,— Mk., oder der Buchwert eines jeden Anteils wird ungefähr 5 Mk. betragen. Wir bemerken, daß das nur der Buchwert der einzelnen Anteile ist, im Falle der Realisierung der Immobilien wird allen weiterhin verbleibenden Mitgliedern des Gewerbehauses der Unterschied zwischen den Schulden und dem bei der Realisierung erzielten Wert, und zwar im Verhältnis der Anzahl ihrer Anteile gehören.

In den Aufsichtsrat, der jetzt nur aus 9 Mitgliedern (früher 15) bestehen wird, sind gewählt worden: Lewandowski, Droste, Miklaszewski, Heinrich Hedinger, Dr. Pomorski, Dr. Broekere, Regierungsbaumeister Rzepecki, Eichstaedt und Dybizbanski.

In die Revisionskommission sind die bisherigen Herren wiedergewählt worden, also: Filipowicz, Stanislaus Koysiewicz, Jaroslaus Leitgeber und Paczkowski.

Bei den freien Anträgen beriet man besonders über die Lage des Gewerbehauses und über die Wege und Mittel der weiteren Führung der Genossenschaft.

Aus Nr. 152 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 9. Juli 1910:

Wie die Deutschen die Gräfin Potulicka enteignen.

Die hakatistischen Zeitungen schreien schon seit langer Zeit, die Regierung möge endlich einmal mit der Enteignung beginnen und zunächst der Gräfin Potulicka in Potulice die Güter fortnehmen. Bis jetzt aber beeilt sich die Regierung nicht mit der Anwendung dieses schrecklichen Gesetzes, das uns die Zeiten ins Gedächtnis zurückruft, in welchen nur der seines Besitzes sicher war, der die Kraft hatte, ihn zu verteidigen. Die ganze zivilisierte Welt war entrüstet, als dieses Gesetz geschmiedet wurde. Im Herrenhause protestierten die hervorragendsten Deutschen gegen den in ihm enthaltenen Grundsatz unerhörter Gewalt. Damals protestierten Feldmarschall Graf Haeseler, Herzog Günther, der Bruder der Kaiserin, man kann sagen, die Blüte der deutschen Volksgesamtheit. Man kann sich also denken, weshalb die preußische Regierung zögert und nicht zur Enteignung schreitet. Die

hakatistischen Zeitungen kennen aber nicht derartige Bedenken. Und es ist kein Wunder, denn Gewissen und Moral, das sind für sie längst überlebte und verlorene Begriffe. Rücksichtslose Brutalität, direkt blutsaugerische Habgier nach dem Rest polnischen Besitzes und Spitzbubenmoral, das sind ihre hervorragendsten Kennzeichen.

Die Regierung schreitet nicht zur Enteignung, dafür aber enteignen die Behörden die Gräfin Potulicka auf andere Weise. So zwingt ihr der Bromberger Landrat Abicht auf ihren Gütern als Gutsvorsteher Deutsche auf, die schwer bezahlt werden müssen. So ist am 6. Juli in Samsieczenko als Gutsvorsteher ein Herr Pieske aus Samsieczno eingesetzt worden, dem die Gräfin Potulicka jährlich 400 Mk. zahlen muß. Samsieczenko hat die Gräfin Potulicka am 15. November von Herrn Erdmann, einem Deutschen, gekauft. Bis zum Juli fungierte als Vertreter des Gutsvorstehers der Kassierer, ein Deutscher. Als am 1. Juli Herr Jagodzinski die Pachtung von Samsieczenko übernahm, zwang man ihm sofort jenen Deutschen Pieske als Gutsvorsteher auf. Wir müssen erwähnen, daß Herr Jagodzinski ein gebildeter Mann und befähigt ist, nicht nur das Amt eines Gutsvorstehers, sondern sogar weit wichtigere Ämter auszufüllen. In Potulice selbst ist Gutsvorsteher Herr Guse aus Bromberg, der nach Potulice gereist kommt und dafür aus der Tasche der Gräfin Potulicka zwangsweise jährlich 1200 Mk. erhält. In den Augen des Landrats war der verstorbene Wiewiorowski, ein Reserveoffizier und hervorragender Angestellter in der Verwaltung der Potulicki'schen Güter, unwürdig, dieses Amt zu verwalten. Gleichfalls als unwürdig erwies sich der Oberförster Borczynski, ein hochgebildeter Mann, der auf den Gütern des Grafen Zoltowski in Czacz 25 Jahre Gutsvorsteher gewesen war.

In Preußen ist alles möglich. Wir kannten einen Polizeikommissar, der die schmutzigsten Sachen begangen hatte, den Polen gegenüber aber abscheulich scharf war. Ein preußischer „Patriot" war der Sekretär eines gewissen Landratsamts, der sich Verbrechen an Knaben hatte zu schulden kommen lassen, ähnlich wie jener Richter, der seinen Haß gegen das Polentum sogar im Amt auf eine Weise offenbarte, daß die höheren Gerichte seine Urteile aufheben mußten. Die ersten zwei sind über die Grenze ausgerissen, dem dritten gelang dies nicht mehr und er kam ins Loch. Einer der Ausreißer schreibt jetzt für hakatistische Zeitungen Artikel über polnische Verschwörungen in der Schweiz.

Trotz alledem haben wir angenommen, daß die Behörden wenigstens den Schein der Gerechtigkeit und Billigkeit wahren würden. Wir kennen ja das große Wort: „Deutschtum bedeutet Kultur — Deutschtum bedeutet Freiheit". Wo aber ist diese Kultur und wo ist die Freiheit, wenn den Behörden gestattet ist, mit polnischen Bürgern so umzugehen, wie dies in Potulice geschieht? Wirklich, wir haben traurige Zeiten erlebt, wenn man den Polen sogar auf seinem eigenen Besitz beschränkt und ihm auf seine Kosten Wächter ins Haus setzt.

Wir werden neue Grundsätze über die Preußen aufstellen müssen:

„Deutschtum in Preußen ist Barbarei — ist Unfreiheit!"

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 83 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 12. Juli 1910:

Die Angst der preußischen Polenfresser.

Seit Fürst Bülow von seinem Reichskanzlerposten gestürzt worden ist, leben die preußischen Polenfresser in fortwährender Angst, die antipolnische Politik der preußischen Regierung könnte eine Änderung erfahren, könnte den Polen gegenüber ein milderes Verfahren einschlagen oder auch überhaupt diese die Polen schädigende Politik aufgeben.

Diese Befürchtung bestand schon im vorigen Jahre, und zwar bei dem Fürsten von Bülow selbst, obendrein noch vor seinem Sturze. Und sie entstand in dem Augenblick, als die polnische Fraktion beschloß, sich an der Finanzreform zu beteiligen. Da befahl Fürst von Bülow, die preußischen Polenfresser gegen die Konservativen loszulassen und in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" bekannt zu machen, daß die Beteiligung der polnischen Abgeordneten an der Finanzreform leicht eine Änderung in der antipolnischen Politik herbeiführen könne. Als diese Reform dann auch im vorigen Jahre tatsächlich mit Hilfe der Polen zustande gekommen war und infolgedessen Fürst von Bülow aus dem Reichskanzlerpalast an die Luft gesetzt wurde, entstand unter den preußischen Polenfressern eine große Bestürzung. Ein großes Wehklagen und Lamentieren bemächtigte sich ihrer. Denn sie sahen bereits im Geiste, wie die vollen Krippen des schmackhaften Futters, die ihnen die antipolnische Politik der preußischen Regierung einbrachte, in der Ferne verschwanden. Schon hörten sie im Geiste, wie der Klang der harten Taler, an denen sie mit ihrem ganzen Herzen hingen und mit denen die antipolnische Politik sie überhäufte, sich weit in der Ferne verlor. Na, und bei dem bloßen Gedanken daran bemächtigte sich Verzweiflung ihrer patriotischen, polenfresserischen Herzen. Sie fingen deshalb um so eifriger an, gegen die Polen zu hetzen! Sie veranstalteten verschiedene Vergnügungen und Jubelfeste, um an den neuen Reichskanzler von Bethmann Hollweg unzählige Briefe und Telegramme mit dem Ersuchen abzusenden, die Polen nach wie vor zu bedrücken und die antipolnische Politik nicht aufzugeben.

Und wie mit siedendem Wasser begossen, beeilte sich der arme Herr von Bethmann Hollweg alle diese Wische und Telegramme zu beantworten. Und der Inhalt dieser Antworten lautete meist so: Fürchtet euch nicht, meine lieben polenfresserischen Schäflein! Ich stehe auf dem Posten! Auch für mich ist die Ostmarkensache die wichtigste Frage!

Na, und nach derartigen, stets gleichlautenden Antworten beruhigten sich die polenfresserischen Schäflein und es fiel ihnen, wenigstens für eine gewisse Zeit, ein Stein vom Herzen. Und sie warteten vorläufig, was weiter geschehen werde. Plötzlich aber bemächtigte sich, gleich einer Schar Raben, die Unruhe der Herzen der armen Polenfresser. Sie fanden jetzt, daß man die Worte des neuen Reichskanzlers verschieden deuten könne, auf diese und auf jene Weise, wie einer wolle. Die preußischen Polenfresser haben ferner wahrgenommen, daß Herr von Bethmann Hollweg nur rede, schreibe und telegraphiere und nicht handele. Ihnen aber sei an neuen antipolnischen Taten gelegen! Ihnen sei etwas Parzellierungsverbot, etwas Enteignung usw. nötig.

Und die preußischen Polenfresser erinnerten sich der schönen Zeiten unter dem Fürsten von Bülow, der ein so gefügiger Diener war, daß die polenfresserische

Sippe nur laut aufschreien, die polenfresserischen Blätter, wie z. B. der „Gesellige", die „Neuesten Nachrichten", das „Posener Tageblatt" usw., nur zu sagen brauchten: „Wir wollen, daß der Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen verboten werde" — und der gefügige Reichskanzler befahl dem Block, ein derartiges Gesetz zu erlassen. Die polenfresserische Meute brauchte nur zu rufen: „Wir wollen ein Enteignungsrecht" — und schon verbeugte sich der Ministerpräsident, Fürst von Bülow, demütig und ließ dem preußischen Landtage dieses schändliche Gesetz bewilligen. Ja, als sogar die polenfresserische Meute losheulte: „Greife die polnischen Blätter mit einem Ausnahmegesetze an" — lächelte Fürst von Bülow süß und antwortete: „Still, meine Schäflein, still! Pst — pst. Auch ein solches Gesetz sollt ihr haben."

Und dieses Gesetz gegen die polnischen Zeitungen war tatsächlich schon unterwegs. Zum Glück haben die polnischen Abgeordneten gerade zur rechten Zeit noch den Fürsten von Bülow von dem Reichskanzlerstuhle gebracht, und mit ihm zusammen ist auch der Entwurf zu dem Ausnahmegesetz gegen die polnischen Blätter, bevor er noch fertig geworden, gefallen.

Jedenfalls erinnerten sich die preußischen Polenfresser daran, wie leicht es ihnen unter dem Fürsten Bülow war, durch Lärmen und verschiedene Machenschaften neue Schläge gegen die Polen zu erschachern, und sie versuchten deshalb, sich derselben Mittel auch bei Herrn von Bethmann Hollweg zu bedienen. Es entstand daher wieder ein Zetergeschrei unter der Sippe der Polenfresser, die wieder ein Parzellierungsverbot, also ein neues Ausnahmegesetz gegen die Polen forderten.

Indes ist diesmal das Lärmen der preußischen Polenfresser ohne Widerhall geblieben. Sogar in den konservativen Blättern, wie z. B. in der Kreuzzeitung u. a., war man der Ansicht, daß die Angelegenheit, betreffend das Parzellierungsverbot, eine sehr schwer durchzuführende Sache sei, daß sie noch nicht reif sei usw. Die preußische Regierung hüllte sich indes in völliges Schweigen, obwohl es ganz klar war, daß die Vorlage betreffs des Parzellierungsverbots bereits fertig war.

Zum ersten Mal merkten die preußischen Polenfresser, daß ihr Geschrei erfolglos sei! Sie stutzten, als sie sich überzeugt hatten, daß ihnen die preußische Regierung auch nicht das geringste Versprechen gab, und sie verstummten für eine Weile.

Später jedoch sannen sie auf andere Mittel und Wege. Sie sagten sich: „Wenn wir kein neues Gesetz gegen die Polen erhalten können, so möge die Regierung doch wenigstens das bereits erlassene Gesetz zur Ausführung bringen." Und wiederum fingen sie mit vielem Lärm an, zu verlangen, daß mit der Enteignung der Polen der Anfang gemacht werde. Und in allen polenfresserischen Schundblättern hat man bereits gelesen — enteignen, enteignen diese nichtswürdige polnische Brut! Schon soll es der Ansiedelungs-Kommission an Grund und Boden fehlen, schon sollte das ganze Deutschtum in unseren polnischen Gegenden untergehen, wenn die preußische Regierung nicht anfinge, zu enteignen. Nach diesem vielen Lärmen und Toben spitzten sie die Ohren, was wohl die preußische Regierung dazu sagen werde. Der Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg hielt im preußischen Landtage eine für das polenfresserische Ohr sehr angenehme Rede, und die preußischen Polenfresser glaubten sich schon im siebenten Himmel, denn es schien, Herr von Bethmann Hollweg werde unverzüglich in die Fußtapfen seines Vorgängers, des Fürsten Bülow, treten und die Enteignung werde die widerwärtige polnische Brut sofort erdrücken. Na, und mit Freuden sahen sie dem ersten Fall der Enteignung entgegen. Aber die Worte des Herrn von Bethmann Hollweg verhallten und die neue antipolnische Tat läßt nach wie vor auf sich warten. Ja, aus preußischen Regierungskreisen sogar gab man den preußischen Polenfressern zu verstehen, daß die preußische Regierung zur Zeit garnicht daran denke, zu enteignen, da sie angeblich freiwillig Land aus polnischer Hand zur Genüge bekomme.

Jetzt wurden die preußischen Polenfresser vollends dumm. Etwas müsse, ihrer Ansicht nach, im preußischen Staate faul stehen, da die preußische Regierung es mit dem Ersinnen neuer antipolnischer Gesetze garnicht eilig habe, ja sogar die bereits erlassenen nicht zur Ausführung bringe. Sie denke nicht daran, zu enteignen, obendrein habe man noch etwas Milderung bei Anwendung anderer Gesetze, z. B. des Vereins- und Versammlungsgesetzes, den Polen gegenüber wahrgenommen.

Um Himmelswillen! was geht da vor! Das antipolnische System ist in Gefahr! Solche Rufe der Angst und des Entsetzens entfielen dem Rachen preußischer Polenfresser. Ihr Entsetzen und ihre Befürchtung, daß ihnen die harten Taler verloren gehen, die vollen Krippen schmackhaften Futters verflüchtigen werden, daß der Teufel alle Ehren, Orden und Ämter holen und alles verloren gehen würde, was sie bis jetzt, dank der antipolnischen Politik, besessen hätten, erreichten den Höhepunkt, grenzten geradezu an Wahnsinn, als in letzter Zeit die preußischen Minister, wie die Äpfel vom Baume, von ihren Ministerstühlen fielen. Es fiel v. Rheinbaben, der Liebling des Kaisers und der erbittertste Feind der Polen, der, so lange er Minister war, mit Ingrimm die Polen verfolgte. An dem Schmieden antipolnischer Gesetze war er in erster Linie beteiligt und trat energisch für sie im Landtage ein. Es fielen auch die Herren v. Arnim und v. Moltke, und zwar, weil sie, wie die Blätter berichteten, Herrn v. Bethmann Hollweg zu übereifrig in der antipolnischen Politik waren; denn Herr v. Bethmann-Hollweg soll gesagt haben, daß er ein Gegner aller Ausnahmegesetze sei, obwohl wir nicht daran glauben. Obendrein wurde zum Landwirtschaftsminister ein gläubiger Katholik, Freiherr v. Schorlemer ernannt, von dem die preußischen Polenfresser schwerlich erwarten können, daß er enteignen oder weiter antipolnische Gesetze schmieden sollte.

Na, und angesichts aller dieser Tatsachen, namentlich aber auch angesichts der unzähligen Gerüchte, die allerdings geradezu verrückt erscheinen und in Berlin von Mund zu Mund umlaufen, können wir uns über die Angst und die Befürchtungen der preußischen Polenfresser nicht übermäßig wundern.

Na, und was sagen wir Polen zu dem allen? Darüber werden wir uns nächstens äußern.

Aus Nr. 28 der Praca (Posen)
vom 10. Juli 1910:

Eine heiße Bitte an alle Vereine und Institutionen und an alle diejenigen, denen das Wohl unserer polnischen Gesamtheit am Herzen liegt.

Geehrte Vereine, Institutionen und liebe Brüder, Landsmänner und Landsmänninnen ohne Unterschied des Standes und Berufs!

Das unterzeichnete Komitee in Dirschau wendet sich an euer polnisches Herz mit der Bitte um materielle Unterstützung in einer für uns und unsere Gesamtheit überaus wichtigen Angelegenheit.

Nirgends wohl war der polnische Geist so eingeschläfert und gleichgültig in betreff seiner Nationalität — wie hier in Dirschau. Vor mehreren Jahren hat

hier niemand ein polnisches Wort gehört — weder in noch außerhalb der Kirche. Die Handvoll Polen mied jede Gelegenheit, um mit ihren Landsleuten zusammenzukommen, sie verbarg sich und schämte sich ihrer polnischen Sprache sowohl auf der Straße wie auch zu Hause. — Aus diesem Grunde ist das polnische Nationalbewußtsein verschwunden, und es herrschten in dieser Beziehung hier sehr traurige Verhältnisse — und von einem polnischen Verein gar wagte man hier nicht einmal zu träumen. In den letzten Jahren jedoch, unter dem immer größeren Druck, fing der erstickte und eingeschläferte Geist an, aus seiner nationalen Lethargie zu erwachen. . . . . Man ging also daran, dieses brach liegende Land zu bestellen. Auf Veranlassung mehrerer hiesiger Landsleute und unseres Abgeordneten Herrn J. Brejski ist hier ein Volksverein ins Leben gerufen worden. Die Notwendigkeit eines solchen Vereins war gerade hier für Dirschau und Umgegend brennend. — Der Volksverein zählt heute 150 Mitglieder beiderlei Geschlechts, und zwar aus dem Arbeiterstande, also einem Stande, der die wenigsten materiellen Güter, dafür aber in seinem Herzen ein starkes polnisches Empfinden besitzt. Weil es hier in Dirschau noch andere polnische Vereine — wie den polnischen Berufsverband usw. gibt, deren Mitgliederzahl ständig wächst, sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß wir hier in Dirschau ohne materielle Hilfe keinen Verein werden halten können, und das aus dem Grunde, weil das gegenwärtige Lokal in der Ulrichstraße Nr. 40 seinem Zwecke nicht völlig entspricht. Das gegenwärtige Lokal, welches nur gemietet ist, faßt kaum 30 bis 35 Personen; doch auch dieses Lokal werden wir in Kürze wider Willen verlassen müssen. Daher sind wir gezwungen, diese wichtige Lokalfrage ohne Zeitversäumnis zu erledigen, um nicht unsere Vereine dem Verfall auszusetzen. Wo werden wir uns versammeln, Beratungen abhalten, den Geist stärken und belehren können, wenn wir kein Lokal mehr haben werden? — — — —

Unsere Vereine haben ohne Unterstützung und Hilfe anderer selbst nicht so viel materielle Mittel, um sich ein Lokal sicher zu stellen. Das ist eine Tatsache, die für uns und diejenigen, die die hiesigen Verhältnisse kennen, unwiderlegbar ist! —

Den lieben Landsleuten ist es wohl bekannt, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen — besonders hier in Dirschau — der vorherrschende und sich immer steigernde hakatistische Haß gegen alles, was polnisch ist — und besonders gegen die polnischen Vereine es nicht erlauben wird, daß wir hier irgend ein Lokal bekommen. Alle Lokale auch befinden sich in uns feindlichen Händen — und die Augen der H. K. T. wachen darüber, daß uns zufälligerweise niemand sein Lokal hergibt.

Unter diesen Verhältnissen ist ein Wachstum und die Existenz unserer Vereine für die Zukunft fast unmöglich gemacht und zum Eingehen verurteilt.

Um also dem Bewußtwerden des polnischen Volkes in Dirschau und Umgegend nicht den Todesstoß zu versetzen, hat das Komitee den Gedanken gefaßt, materielle Mittel herbeizuschaffen, um für unsere Vereine ein einfaches, mit einem Saal versehenes katholisches Haus zu bauen.

Da wir selbst keine Fonds besitzen, haben wir beschlossen, uns an die ganze polnische Volksgesamtheit zu wenden und sie in unserem Elend um Hilfe zu bitten.

Wir appellieren also an die Freigebigkeit derjenigen edlen polnischen Herzen, in denen das Gefühl der polnischen und nationalen Zusammengehörigkeit kraftvoll pulsiert, damit sie diese Liebe auch auf uns übertragen und uns mit materieller Hilfe unter die Arme greifen.

Noch einmal bitten wir unsere Landsleute aus Nah und Fern und die ganze Gesamtheit um Hilfe — denn ohne sie wartet unser eine elende Existenz und zuletzt Verderben. Unsere sich bisher so gut entwickelnden Vereine prophezeien eine ertragreiche Ernte, wenn ihnen zeitige Hilfe zuteil wird. Gerade hier in Dirschau sind unsere Vereine in jeder Beziehung notwendig, damit man wenigstens einen kleinen, aber erfolgreichen Riegel den hakatistischen Gelüsten, uns zu vernichten und auszuhungern und uns unserer uns noch zustehenden Rechte zu entäußern, vorschieben kann. Wir müssen auch alle Kräfte anstrengen, um uns vor der germanischen Überflutung zu bewahren und uns nicht unter den Mantel des lutherischen Schutzes treiben zu lassen.

Ihr seht also, liebe Brüder, Landsleute, daß wir gezwungen sind, Euch inständig zu bitten, uns nicht der Vernichtung preiszugeben, sondern uns nach Kräften zu unterstützen und uns dadurch die Möglichkeit zu geben, in Dirschau ein katholisches Vereinshaus zu erbauen. — Die Redaktionen aller polnischen Zeitungen nehmen Beiträge gefl. entgegen, auch kann man solche unter der Adresse: Bank ludowy, e. G. m. u. H. in Dirschau, Berliner Straße 8, III einsenden.

Hochachtungsvoll

Das Komitee.

A. Swiniarski.	J. Kaminski.
J. Struczynski.	B. Zimny.
Fr. Klawikowski.	W. Nowak.
M. Wojciechowski.	M. Bielski.

Aus Nr. 151 des Dziennik Bydgoski (Posen) vom 8. Juli 1910:

Das preußische Regiment in der Diözese Kulm.

Aus der Diözese Kulm gelangen immer traurigere Mitteilungen zu uns. Die bischöfliche Behörde gibt völlig den Wünschen der lutherischen preußischen Regierung nach, und sie behandelt die polnischen Geistlichen, die ihre Mission dem polnischen Volke gegenüber ehrlich erfüllen wollen, als Geistliche zweiter und sogar dritter Klasse. Am traurigsten ist das, daß in vielen Fällen die Deutschen im Pelpliner Domkapitel aus eigenem Antriebe im Sinne der Intentionen der preußischen Regierung handeln. Daher muß jeder eifrigere polnische Geistliche sich von einem Ende der Diözese ins andere Ende schleppen, in Einöden herumsitzen, und oft packt man ihn in eine solche Parochie, in welcher man für das polnische Volk nicht arbeiten kann.

Aus dem Munde von Geistlichen und hervorragenden weltlichen Personen haben wir über diese Verhältnisse Äußerungen gehört, welche für die geistliche Behörde in Pelplin fürwahr nicht rühmlich sind. Allgemein ist die Überzeugung, daß die geistliche Behörde in Pelplin der preußischen Regierung und dem Deutschtum, **nicht aber der Kirche dient.**

Das beweist die nachstehende Tatsache neuesten Datums. Als Propst Olszewski in Osiek für den Schulstreik zu $1^1/_2$ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, behauptete der Landrat, der Verurteilte werde auf seine Pfarrei nicht mehr zurückkehren. Das war für diejenigen unbegreiflich, welche meinten, daß die preußische Regierung noch nicht die Kirche regiere, und

welche wissen, daß man einen bestätigten Propst nicht so leicht beseitigen kann. Schließlich hat es sich jedoch gezeigt, daß der Landrat recht hatte; denn neuerdings hat Propst Olszewski für die Pfarre gedankt und er hat in der Stille Osiek verlassen.

Wer ihn dazu gezwungen hat, und mit welchen Mitteln das geschah, das weiß bisher niemand, und die Sache soll angeblich für immer Geheimnis bleiben. Es verlohnt sich jedoch, das Konsistorium in Pelplin zu fragen, **ob es noch die Kirche regiert oder ob es seine Gewalt in die Hände der protestantischen Landräte gelegt hat?**

Propst Olszewski soll die Absicht haben, in Bromberg Wohnung zu nehmen.

Aus Nr. 157 des Kurjer Poznański (Posen) vom 12. Juli 1910:

Zu Gunsten der Wahlen in Ermland.

Mit Rücksicht auf die in Ermland bevorstehenden Wahlen bittet das Straschbureau uns, zu vermerken, daß die von den Blättern zu Gunsten dieser Wahlen gesammelten Beiträge ungesäumt an das Straschbureau (Dr. F. Schroeder) Posen, Ritterstraße 12, eingesandt werden möchten.

Aus Nr. 82 des Pielgrzym (Pelplin) vom 9. Juli 1910:

Delegiertentag der Rustikalvereine in Tuchel.

Donnerstag fand in Tuchel der Delegiertentag der Rustikalvereine Westpreußens statt. Es waren etwa 200 Delegierte und eine ansehnliche Zahl Gäste erschienen. Von den Abgeordneten waren anwesend die Herren Brejski, v. Janta-Polczynski und Sikorski.

Den Delegiertentag eröffnete der Patron Dr. v. Janta-Polczynski. Er begrüßte die Anwesenden und teilte mit, daß Pfarrer Wroblewski wegen Erteilung der Firmung in seiner Parochie mit dem angekündigten Vortrage nicht erscheinen können.

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Abgeordneter Roman v. Janta-Polczynski aus Zabiczyn, zum Schriftführer Herr Wilkans gewählt.

Der Patron erstattete Bericht über die Tätigkeit des Patronats im verflossenen Jahre. Insgesamt zählt der westpreußische Verband 78 Rustikalvereine, darunter 26 in diesem Jahre neu gegründete. Ein genauer Bericht befindet sich in dem Verbandsorgan Klosy. Der Patron empfiehlt, daß unsere westpreußischen Blätter die landwirtschaftlichen Beilagen abschaffen möchten, da sie dem Verbandsorgan Klosy Konkurrenz machen.

Herr Brownsford aus Posen, Redakteur des Poradnik Gospodarski, sprach über die Bedeutung der Rustikalvereine sowie über ihre Organisation und forderte auch zum Abonnement landwirtschaftlicher Blätter auf. Alsdann hielt Herr Pfarrer Pelka aus Grabowo einen Vortrag über das Thema: „Nach welcher Richtung sollen sich die Rustikalvereine betätigen und entwickeln." Der Referent ermuntert zur Gründung von Parochial-Rustikalvereinen, empfiehlt die Unterhaltung von Büchereien, den Ankauf von landwirtschaftlichen Büchern und die Abhaltung von Versammlungen alle zwei Wochen. Mittel zur Hebung der Rustikalvereine sind nach Ansicht des Referenten: 1. Bestellung von hl. Messen für die verstorbenen Mitglieder, 2. Impfung der Schweine gegen Rotlauf, 3. gemeinsame Zuchtbullen und Eber, 4. Vergnügungen mit Lotterien, Gesänge, Tänze usw. Pfarrer Pelka empfiehlt auch die Einführung von Kontrollbüchern hinsichtlich der Beteiligung der Mitglieder an den Versammlungen.

Korreferent war Propst Szydzik aus Wielle. Er sprach über den gemeinsamen Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Artikeln, über die Besichtigung von Wirtschaften und gab verschiedene die Landwirtschaft und die Rustikalvereine betreffenden Fingerzeige.

Herr Czarlinski aus Bruchnowko hielt einen Vortrag über das Thema:

„Worauf haben die Landerwerber am meisten zu achten?"

Beim Ankauf von Land ist es vor allem notwendig, das Inventar abzuschätzen, die Gebäude und landwirtschaftlichen Geräte zu untersuchen, die Hypotheken gründlich zu prüfen, festzustellen, wieviel in dem betreffenden Ort die Reichszuwachssteuer, die Schulsteuer usw. beträgt, einen notariellen Vertrag zu schließen usw. Bei dem Ankauf einer Besitzung muß der Käufer wenigstens ein Viertel des Kaufpreises besitzen.

Herr Dr. Karasiewicz aus Tuchel hielt einen Vortrag über die Zwangsversicherung in den Krankenkassen. Zum Schluß legte er folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 7. Juli 1910 in Tuchel versammelten Delegierten der westpreußischen Rustikalvereine fordern, daß die landwirtschaftlichen Krankenkassen gleich den städtischen Krankenkassen auf Selbstverwaltung beruhen sollen. Wenn diese Forderung nicht berücksichtigt werden sollte, verlangen sie die Ablehnung des ganzen Gesetzes, welches für die Wirte nur eine Last wäre."

Der Herr Patron empfahl den Besuch der landwirtschaftlichen Schule in Bromberg und forderte auf, die Kinder zu erziehen und die Frauen fortzubilden.

Mit einer herzlichen Ansprache des Vorsitzenden und unter den üblichen Hochrufen wurde die Versammlung geschlossen, worauf ein Umzug mit Musikbegleitung vom Versammlungsraume nach dem Neumann'schen Saale veranstaltet wurde, wo ein gemeinsames Mahl und ein gemeinsames Vergnügen stattfand.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 84 des Polak (Kattowitz) vom 14. Juli 1910:

Nach Krakau!

In der laufenden Woche, hauptsächlich Sonnabend und Sonntag, wird Krakau und mit ihm ganz Polen die Erinnerung an den 500. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald feiern. Vom Krakauer Wawelschloß brach König Wladislaus Jagiello zum Todeskampfe mit dem kreuzritterlichen Reptil gen Grunwald auf, dort im Krakauer Wawelschloß brachte er die in Deutschland eroberten Fahnen an. Im Krakauer Wawelschloß ruhen bis jetzt Jagiellos und seiner Gemahlin Hedwig Gebeine. Dort in Krakau also wird die polnische Nation die Erinnerung an den Sieg bei Grunwald am besten ehren.

Die Stadt Krakau ladet zu dieser nationalen Feier ganz Polen, das ganze polnische Volk ein, wo immer es wohnt, um an den Särgen Jagiellos und Hedwigs unsere große denkwürdige Tat zu feiern, um sich am Geiste zu erquicken, um sich in der Arbeit zu festigen, die uns von den Grunwalder Rittern überkommen ist.

Wenn jemand, so darf unser schlesisches Volk dort nicht fehlen. Gerade wir hier in Schlesien, von allen Seiten umringt, gedrückt und drangsaliert auf

Schritt und Tritt, wir brauchen am meisten Mut und Ausdauer in der harten Arbeit. Und gerade dort in Krakau, in der uralten Jagiellonenstadt, in welcher sich die politischen Gedanken und die Kultur ganz Polens konzentriert hat, in der Atmosphäre der teuersten geschichtlichen Erinnerungen werden wir uns in der Einigkeit und Eintracht festigen, werden wir unsere polnischen Gefühle stärken, werden wir Kraft und Stärke zu weiterer schwerer Arbeit in Schlesien schöpfen.

Und eine schwere Arbeit und große Aufgaben harren unserer hier in unserem Schlesien. Es fehlt uns nicht an fremden und eigenen Raben, die uns die Nationalität, unsere polnischen Gefühle, die Muttersprache zu Tode picken möchten, die aus uns polnisch sprechende Preußen machen möchten.

Und gerade von den Gefilden Grunwalds ergeht heut am 500. Jahrestage der Ruf zur eigenen Verteidigung gegen das Gift der Abtrünnigkeit, gegen den Abfall, zur Verteidigung des väterlichen Erbes.

Gehen wir also alle nach Krakau! Möge niemand fehlen, wer gehen kann. Mögen uns die Kruzifixe und Grabhügel Grunwalds Mut und Glauben an den Sieg unserer polnischen Sache, an unsere eigenen Kräfte, an unseren Fortschritt und unsere Entwickelung geben.

Opfern wir alle schlesischen Polen Grunwald aufrichtige Gefühle auf zum schönen Beweise, daß unser Schlesien geblieben ist, wie es im Morgengrauen der Geschichte war, mündlich polnisch. Damit werden wir Grunwald am besten feiern!

Schlesische Polen! Nach Krakau zur Grunwaldfeier!

Aus Nr. 153 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 8. Juli 1910:

Polenfeindliche Politik in Preußen.

Im Verlauf einiger Tage sind fünf preußische Minister bzw. deutsche Staatssekretäre gestürzt worden. Bei der Änderung in den höchsten Ämtern Preußens und Deutschlands soll die Rücksicht auf die bisherige scharfe polenfeindliche Politik eine Rolle gespielt haben. Ein Teil der Presse prophezeite zum großen Ärger der Hakatisten, daß der Kurs der polenfeindlichen Politik gemildert werden, daß keine Enteignung stattfinden wird, und kleide v. Bethmann Hollweg in das Gewand der Tugend der Gerechtigkeit gegenüber den Polen. Diese Art, Quellen und Gründe für den Ministerwechsel zu suchen, ist mindestens verfehlt. Wilhelm II., welcher die Minister ernennt, ist als eifriger Anhänger der polenfeindlichen Politik bekannt, wovon seine wichtigen Auftritte gegen die Polen Zeugnis ablegen. Es ist zu zweifeln, daß der preußische König, von dem die Ernennung der Minister abhängt, ein Kabinett mit Gerechtigkeitsgefühl gegenüber den Polen schaffen wird. Die ganze Unparteilichkeit Wilhelms II. bei der Bildung des neuen Kabinetts hat sich darin kundgegeben, daß sich keine der einflußreichen politischen Parteien bei der neuen Verteilung der Ministerämter hintangesetzt fühlen kann. Bis jetzt hat keine Partei ihre Unzufriedenheit mit der Ernennung der neuen Minister ausgedrückt.

Nicht die polnische Frage, sondern andere Beweggründe haben auf den Ministerwechsel eingewirkt. Vor allem sind das Fiasko der preußischen Wahlreform und die bevorstehenden Reichstagswahlen die allerwahrscheinlichste Veranlassung zur Pensionierung der fünf Staatsmänner.

Die halbamtlichen Gerüchte von der Änderung des Kurses der polenfeindlichen Politik sind nur ein Manöver, um die polnische Volksgesamtheit zu gewinnen, damit sie nicht sehr murre, wenn das Gnesener Erzbistum einem den Polen überwollenden und loyalen Vertrauten der protestantischen Regierung übertragen werden wird. Der Vatikan drängt zu einer baldigen Besetzung des Gnesener Kapitels, und da die Preußen diese Angelegenheit ebenfalls schnell erledigen wollen, blenden sie die Augen der Polen mit dem Gerücht, daß die polenfeindliche Politik gemildert werden wird.

Die Hakatisten, welche solche für die Polen günstigen Nachrichten nicht ertragen können, schlagen Alarm. Obgleich das Gerücht von der milderen polenfeindlichen Politik ein gewöhnlicher politischer Klatsch ist, auf den sich die hakatistischen Elemente nicht verstehen können, erheben die Hakatisten ein Geschrei, denn sie fürchten am meisten die Wahrheit und Gerechtigkeit.

Was uns anbetrifft, so sind wir der Überzeugung, daß die Besorgnisse des Hakatismus unbegründet, zum mindestens aber verfrüht sind. Wir geben uns gar keinen Täuschungen hin. Wir beobachten die Richtung der Politik der preußischen Regierung und den Lauf unserer Dinge mit nüchternen Augen. Ein Personenwechsel im Ministerium bedeutet keineswegs einen Systemwechsel. Wir bekämpfen auch nicht Personen, sondern das System, welches auf die polnische Volksgesamtheit ständig und scharf losschlägt.

Aus Nr. 157 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 13. Juli 1910:

Betrifft polnische Vereinshäuser in Oberschlesien.

Zabrze. Im Kurjer Slonski berührte ein Korrespondent aus Gleiwitz die Frage des Baus von Sälen oder Volkshäusern in Oberschlesien. Gewiß wird jeder einräumen, daß dies eine der brennendsten Angelegenheiten im Leben unserer Vereine in Oberschlesien ist, denn infolge des Mangels an Versammlungsräumen ist die Entwickelung vieler Vereine erschwert. Aber wie jede gute Sache auf Hindernisse stößt, so stößt auch die Frage des Baues von Sälen auf Hindernisse sehr ernster finanzieller Natur. Der Korrespondent aus Gleiwitz rät, einen Teil der erforderlichen Mittel auf dem Wege freiwilliger Beitragssammlungen aufzubringen, den Rest aber mittelst eines Darlehns zu decken. Meines Erachtens würde die Sache auf diesem Wege nicht gelingen. Nach der Schätzung dieses Gleiwitzer Korrespondenten würde ein solches Vereinshaus 20 bis 25 Tausend Mark kosten, es müßte also mindestens ein Drittel dieses Kapitals auf dem Wege freiwilliger Beiträge aufgebracht werden; ich zweifle aber, daß dies gelingen wird, denn unsere Volksgesamtheit ist zu Opfern für solche Zwecke schwer zu bewegen. Diese Gedanken sind gut begründet hingeworfen, denn als nach der Reichstagswahl im Jahre 1903, wo sich gleichfalls ein empfindlicher Mangel an Versammlungssälen zeigte, der Gedanke aufkam, Versammlungsräume mittelst auf dem Wege freiwilliger Beiträge aufgebrachter Fonds zu bauen, wurden zu diesem Zwecke in den Blättern Rubriken freiwilliger Beiträge zum Bau von Volkshäusern eröffnet. Eine Zeitlang wurden Beiträge gesammelt, aber bis heute weiß niemand, wieviel Geld mittelst dieser Sammlungen aufgebracht wurde und was mit diesem Fonds geschehen ist. Und doch hat das Volk ein Recht, wenigstens in den Zeitungen Berichte über dieses für einen öffentlichen Zweck gesammelte Geld zu verlangen. Das gleiche findet Anwendung auf den früheren Verband gegenseitiger Hilfe, der Beiträge für ein Verbandshaus sammelte, bis zum heutigen Tage aber einen öffentlichen

Bericht über diese gesammelten Beiträge nicht erstattet hat. Infolgedessen empfindet man unter unserem Volke eine Abneigung zu derartigen freiwilligen Beitragszahlungen. Der Bau von Versammlungsräumen könnte auch in folgender Weise in Angriff genommen werden: In jedem Kreise wäre eine Baugenossenschaft zu gründen, die sich aus mindestens 200 Mitgliedern mit einem Geschäftsanteil von 50 Mark zusammensetzen würde. Manche könnten sofort den ganzen Geschäftsanteil einzahlen, und wer dies nicht tun könnte, kann ihn in Raten einzahlen. So hätten wir gesichert einen Fonds von 10000 Mark, den Rest aber könnte man mittelst eines Darlehns decken.

In jedem Kreise müßten sich doch mindestens 200 aufgeklärte Personen finden, welche die Wichtigkeit der Angelegenheit verstehend, solche Geschäftsanteile einzahlen würden. Vielleicht würde die Sache auf diese Weise eher gelingen, denn hierbei würde niemand etwas verlieren, da das Geld auf dem Hause angelegt wäre, obgleich es sich nicht verzinsen würde, was ich nicht annehme, und so kann man nichts verlieren. Diese Art des Baues von Versammlungsräumen habe ich einigen aufgeklärteren Landsleuten auseinandergesetzt, und diesen war der Gedanke sympathisch. Es wäre nur erforderlich, daß sich einige Personen aus der Intelligenz fänden, die an die Spitze einer Genossenschaft treten und die Sache verständig leiten würden. Wie wohl wir auch im Arbeiterstande viele zu solchen Angelegenheiten geeignete Leute haben, so hat doch die Volksgesamtheit zum Arbeiter nicht soviel Vertrauen, als sie es intelligenten Leuten schenkt, und fürchtet sich, dem Arbeiter eine größere Summe anzuvertrauen, obgleich dies falsch ist, denn in diesem Falle würde, wie bei jeder Genossenschaft, außer dem Vorstand ein Aufsichtsrat bestehen, in welchen auch Arbeiter gewählt werden könnten und welcher das Recht hätte, jederzeit die Tätigkeit des Vorstandes zu kontrollieren und Berichte zu erstatten. Überleget euch, oberschlesische Brüder, also diese Angelegenheit und äußert in den Zeitungen eure Ansichten, damit wir doch endlich einmal ans Werk gehen und es glücklich in Angriff nehmen könnten.

Ein Bergmann.

Aus Nr. 155 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 10. Juli 1910:

Aufruf an die Landsleute.

Ruda. — Da es unseren polnischen Kindern unmöglich gemacht worden ist, in den Schulen polnisch lesen und schreiben zu lernen, und da ihnen sogar verboten wird, zuhause und auf der Straße polnisch zu sprechen, was selbstverständlich aufs schärfste bekämpft werden muß, ist uns einzig und allein die Fibel übrig geblieben, mit deren Hilfe jeder seine Würde achtende Pole seine Kinder die Muttersprache zuhause lehren muß, da ihnen sogar der Katechismusunterricht wegen ungenügender polnischer Sprach- und Lesekenntnisse in deutscher Sprache erteilt wird.

Um diesem Übel abzuhelfen, haben wir beschlossen, eine größere Anzahl Fibeln anzukaufen und unentgeltlich unter unsere Kinder zu verteilen.

Diese Fibeln sind sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch des Einbands sehr schön ausgeführt, und wir bitten die Eltern, denen an ihnen etwas gelegen ist, sie von den Unterzeichneten zur Verteilung an die Kinder zu verlangen. — Die Fibeln sind nur für die Parochianen aus Ruda bestimmt.

Johann Gruchel und Ignaz Lukaszczyk.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 154 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 8. Juli 1910:

Die polnischen Versöhnler in der Posener Stadtverordnetenversammlung.

Die Politik des Prälaten v. Jazdzewski, die darin besteht, daß man sich vor dem „uns bedrückenden Kürassierstiefel" erniedrigt, hat Anwendung gefunden auch unter den Polen, die in der Posener Stadtverordnetenversammlung sitzen. Der Magistrat beantragte die Bewilligung von 35000 Mk. zur Ausschmückung der Stadt während des Aufenthalts des deutschen Kaisers in ihr, der am 20. August d. Js. in Posen zur Einweihung des mit großen Kosten erbauten Kaiserschlosses eintreffen wird, welches für uns Polen sein soll, was seinerzeit für die Schweizer der Hut des kaiserlichen Residenten Geßler war. Es soll daran erinnern, daß „der preußische Adler das, was er mit seinen Krallen erfaßt hat, nicht mehr loslassen wird", daß wir alle Hoffnungen aufgeben und uns mit dem Herzen all dem anschließen sollen, dessen Symbol der preußische Adler auf dem Turm des neuen Kaiserschlosses ist.

— — — — — — — — — — —

Im Plenum der Stadtverordnetenversammlung wurde das Projekt einstimmig angenommen. Sechs polnische Stadtverordnete, darunter Rechtsanwalt und Notar Adalbert v. Trampczynski und der ehemalige Gymnasialprofessor in Leobschütz Dr. Stanislaus v. Karwowski, stimmten für die Vorlage. Drei polnische Stadtverordnete waren zu dieser Sitzung nicht erschienen. Dies ist ein neuer am Vorabende der Feier des 500. Jahrestages des Sieges Polens über die Kreuzritter uns versetzter Schlag ins Gesicht.

Unseren politischen Feiglingen jagen die Führer des Basar-Kasinos und des Nationalbundes damit Schrecken ein, daß die preußische Regierung, dem Druck aus Wien nachgebend, es noch einmal mit den Polen versuchen wolle, und darum müßten sie an den deutschen Festlichkeiten anläßlich der Einweihung des Kaiserschlosses teilnehmen. Wenn sie dies nicht täten, hätten der Kaiser und die Regierung einen Beweis, daß die Polen mit den Deutschen nichts gemein haben wollen, und dann würde man anfangen, die polnischen Großgrundbesitzer zu enteignen, und das Verfassungssystem noch mehr verschärfen.

Wir sehen, daß dieser Gedanke das Seinige tut und eine immer größere Demoralisation in unsere Reihen hineinbringt. Wozu soll die Regierung überhaupt an die Ausführung des Enteignungsgesetzes herantreten, wenn schon allein die Drohung seiner Ausführung unter unseren Hasenfüßen und Pseudodiplomaten so furchtbare Verheerungen angerichtet hat.

Mit Recht sagte Siegmund Kraszewski, mit Seherblick das voraussehend, was unlängst Prälat v. Jazdzewski im preußischen Landtag getan hat, und was die in der „polnischen Fraktion" in der Posener Stadtverordnetenversammlung den Reigen anführenden wappengeschmückten Bürger getan haben, wegen deren Beschluß unsere ganze ehrbare Bürgerschaft und Volksgesamtheit erröten muß:

„Nichts bedeutet Sibirien, nichts die Knute,
— — — — — — — —
Sondern der Nation vergifteter Geist
Erst ist der Schmerz der Schmerzen."

Aus Nr. 153 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 8. Juli 1910:

Polnisch-amerikanische Gäste in unserer Redaktion.

Gestern abend besuchten unsere Redaktion der Geistliche Wladislaus Zapala, Rektor des St. Stanislaus-Kollegiums in Chicago, der Vorsitzende der polnisch-katholischen Vereinigung in Amerika, Herr Stanislaus Adamkiewicz aus Chicago, und der polnische Bürger Herr Johann Sobota aus Chicago. Die beiden ersten sind zur Grunwaldfeier nach Krakau entsendete Delegierte der Chicagoer Vereinigung, die über 58 000 Mitglieder zählt.

Alle drei erzählten uns sehr interessante Einzelheiten über das Leben und die günstige Entwickelung der Polen in Amerika.

Aus Nr. 150 des Wiarus Polski (Bochum) vom 6. Juli 1910:

Auswanderung nach Frankreich.

Von dem in Wattenscheid, Bruch usw. gut bekannten Landsmann A. Roszak haben wir aus Frankreich nachstehenden Brief erhalten:

Lallaing per Racher im Juni.

An die geehrte Redaktion des Wiarus Polski in Bochum.

Ich bin von Bruch am 31. Mai d. Js. um 6 Uhr abends in Gesellschaft zahlreicher Familien und Junggesellen abgereist. Unsere Reise war nachfolgende: Wir stiegen in Köln um und fuhren mit dem Durchgangszug Berlin—Paris bis Jemont, der französischen Grenzstation, wo unser Gepäck revidiert wurde. Bis Köln kostete die Reise 2 Mk., von Köln bis Jemont III. Klasse 9,30 Mk. Von dort fuhren wir nach Valencienne (2,80 Fr.) und dann nach Montygny (1,40 Fr.) An Ort und Stelle trafen wir um 10,14 Uhr vormittags ein.

Der Bergwerksdirektor holte uns mit drei Wagen, auf welchen wir, unsere Frauen und Kinder Platz nahmen, vom Bahnhofe ab. Unsere Kolonie ist vom Bahnhofe vier Kilometer entfernt. Als wir an Ort und Stelle angekommen waren, gab man uns Mittagessen und zeigte uns dann die für uns bestimmten Wohnungen. Unsern Hausrat bekamen wir erst acht Tage später, aber die Grube lieferte uns eine provisorische Einrichtung und zwar: Tische, Bänke, Öfen, Decken, Strohsäcke, Eimer, Töpfe, Teller, Messer, Gabeln, Tassen, Gläser, mit einem Worte, alles was wir gebrauchten.

Wir fanden sieben Landsleute vor, die bereits am 1. Mai dort eingetroffen waren. Von den Unsrigen sind jetzt 39 Familien und 30 alleinstehende Personen eingetroffen, und zwar Anfang Juni innerhalb vier Tagen in einzelnen Partien aus Bruch, Hillerheide, Suderwich, Alten, Erkenschwick und Herten.

Unsere Wohnungen bestehen aus vier Zimmern. Die Wohnhäuser sind für vier Familien gebaut; für jede Familie ein besonderer Korridor. Ferner gehört zu jeder Wohnung ein Gärtchen, etwa 18 Ruten groß, eingefaßt von einer zwei Meter hohen Mauer. Zu jeder Wohnung gehören ferner ein Stall, ein Holz- und Kohlenschuppen. Die Wohnungen sind so eingerichtet, daß zwei Zimmer sich im Erdgeschoß und zwei im ersten Stockwerk befinden. Die Zimmer sind 14 Quadratfuß groß, die Gebäude neu. Eine solche Wohnung kostet monatlich sechs Frank.

Zur Arbeit sind wir Bestellten alle angenommen worden. Wir arbeiten neun Stunden außer Ein- und Ausfahrt. Unser Lohn für die Schicht betrug in den ersten 14 Tagen 6 bis 6,80 Fr. Alle zwei Wochen findet Löhnung statt, und zwar am 7. und 22. jeden Monats. Ich habe in neun Tagen 61,75 Fr. verdient. Für jede Fahrkarte hat man 20 Fr. Reisekosten gewährt. Hierfür werden uns alle 14 Tage 5 Fr. abgezogen. Nach einem Aufenthalt von zwei Jahren wird uns dieser Betrag zurückerstattet.

Zur Pensionskasse zahlen wir monatlich 4 Fr. Im Krankheitsfalle erhalten wir unentgeltlich Arzt und Apotheke, ferner eine tägliche Unterstützung von 2,50 Fr. Auch unsere Familien erhalten freien Arzt und freie Arznei.

In den Gruben arbeiten wir Polen in besonderen Abteilungen, d. h. wir sind gemischt, wie dies in deutschen Gruben der Fall ist. Die Temperatur beträgt 10 bis 14 Grad, sie ist also um die Hälfte niedriger wie in den deutschen Gruben, wo die Wärme bis 32 Grad steigt. In der hiesigen Grube arbeiten insgesamt 75 Polen, darunter befinden sich 5 Burschen im Alter von 13 bis 17 Jahren. Über Tag arbeiten 14 bis 16 Jahre alte Mädchen, die damit beschäftigt werden, Steine aus der Kohle zu sammeln, Lampen zu reinigen usw. Sie verdienen 1,20—2,00 Fr. und mehr. Die Burschen verdienen in der Grube 1,50 Fr. Alle zwei Monate erhalten sie eine Zulage von 25 Zentimes.

Nach längeren Ausführungen über die Lebensmittelpreise, Behandlung seitens des Arbeitgebers usw. heißt es zum Schluß:

„Am 12. Juni haben wir hier auch einen polnisch-katholischen Verein unter dem Schutze des heiligen Adalbert gegründet, der bereits 50 Mitglieder zählt. In den Vorstand sind gewählt: Anton Roszak, Vorsitzender; Johann Murzynski, stellvertr. Vorsitzender; Johann Lamparski, Schriftführer; Johann Franke, Protokollführer; Moranty, Kassierer; T. Matecki, Stellvertreter; Adalbert Duczmal, Bibliothekar; Johann Wojciechowski, Stellvertreter; Valentin Grajczyk, Beisitzer.

Die Sitzungen werden an jedem 2. und 4. Sonntag im Monat abgehalten.

Es war bereits ein polnischer Geistlicher hier gewesen, und bald werden wir wieder einen bekommen. Wenn wir in größerer Anzahl hier vorhanden sein werden, dann wird die Grubenverwaltung für immer einen polnischen Vikar anstellen. Unsere Kinder besuchen noch nicht die Schule, wir sollen aber bald eine polnische Lehrerin bekommen. Die Knaben müssen die staatliche Schule vom 7. bis zum 12. Lebensjahre besuchen; für die Mädchen ist der Schulbesuch fakultativ. Es gibt konfessionslose staatliche und katholische private Schulen.

Was die Auswanderung nach Frankreich betrifft, so rate ich, sich nicht allzusehr zu begeistern, denn auch in Frankreich gibt man nichts umsonst, und goldene Berge liegen nicht auf dem Straßenpflaster. Zwei Masuren von hier sind von Frankreich schon wieder nach der Heimat gewandert. Sie glaubten in Frankreich sofort goldene Berge erringen zu können, während man hier ebenso wie in Deutschland schwer, manchmal noch länger arbeiten muß. Ich mache die Landsleute darauf aufmerksam, daß es nicht jedem hier gefallen wird. Wenn Frankreich auch ein reiches Land ist, so fehlt es dennoch nicht an Armen und an Armut.

Wir müssen hier nicht nur schwer arbeiten, sondern uns auch um soziale Fragen kümmern und der Teuerung steuern.

Landsleute! Ich liebe Frankreich nicht, aber ich tadele es auch nicht. Mit der Zeit werden wir hier gute Arbeitsverhältnisse erreichen, aber nur bei eiserner Ausdauer und bei eisernem Willen. Die Aussichten

für später sind gut. Nur jene, die in Westfalen Bedrückungen aushalten müssen, können sich hier verbessern. Ihr wißt, was ich damit meine. Jene aber, die gut verdienen, mögen die Arbeit in Galizien nicht aufgeben.

Ich lese soeben einen Ausschnitt aus einer deutschen Zeitung, in welcher man uns bedauert und schreibt, daß man uns betrogen hat, daß wir enge und schmutzige Wohnungen haben usw. Das ist gemeine Lüge! Weshalb bekümmern sich denn die Deutschen um uns? Gott sei gedankt geht es uns auch ohne die Fürsorge der deutschen Zeitungen hier garnicht so schlecht.

Für das, was ich schreibe, bürge ich mit meinem Ehrenworte und hoffe, daß ich Glauben verdient habe. Ich bitte die geehrte Redaktion, meinen Brief dem Kameraden Blaszyk, der hier in der Kohlengrube beschäftigt gewesen war, zu zeigen. Ich bitte auch um einige Gesangbücher und Fibeln, ferner um ein gutes Buch mit Vorträgen über die Vergangenheit der polnischen Nation, das ich dem neuen Verein der polnischen Emigranten in Frankreich als Geschenk überweisen will.

Anton Roszak,
Vorsitzender des St. Adalbert-Vereins in Lallaing
bei Racher (Nordfrankreich).

Aus Nr. 153 des Postęp (Posen)
vom 7. Juli 1910:

Der VII. Sokoltag des IX. Gaues aufgelöst.

Marten, den 3. Juli.

Wir Polen dachten schon, daß die preußische Polizei endlich eingesehen hat, daß diese Nadelstiche zu nichts gutem führen, und daß die „Sokols" doch nicht so schreckliche Menschen sind. Im Gegenteil, daß mußte die Polizei oftmals anerkennen, und sie erkannte es auch an, daß das polnische Sokoltum sich korrekt beträgt und ebenso handelt und dadurch nicht den geringsten Grund zum Einschreiten bietet usw.

Das waren leider Phantasiegebilde und weiter nichts; denn heute sollte in Marten der Sokoltag stattfinden... und die preußische Polizei erschrak sehr... Warum? Hatte sie Angst vor der Sokoluniform, dieser grauen, sozusagen Waisenkleidung? — denn tatsächlich „in diesen Uniformen sehen wir aus, wie Waisen ohne Vater und Mutter". Oder denkt die Polizei vielleicht, diese Kleidung sei ein Ausdruck der Trauer um Polen? Gott weiß, was sie unpassendes in dieser armseligen Uniform erblickt.

Außer der Uniform waren der Polizei unsere alten Maciejowkis, polnische rote Krawatten, die weißroten Kokarden, die Falken usw. im Wege. Dies alles hat nämlich an die Vergangenheit des gewesenen Königreichs Polen erinnert, und die Preußen würden es so gerne wollen, daß wir diese Vergangenheit vergessen. Wie sind sie doch noch so naiv... Es ist doch keine Demonstration gegen die Preußen oder die Deutschen, wenn wir uns in Uniform und der Maciejowka an einem Ort versammeln; demonstrieren wir doch durch unser Dasein, durch unsere schöne polnische Sprache täglich, daß wir uns trotz der schändlichen Bedrückung in Preußen kulturell und wirtschaftlich entwickeln, und die vier Millionenziffer unter dem preußischen Anteil beweist, daß wir bergauf gehen und nicht ins Grab sinken, das uns die Hakatisten so bereitwillig öffnen. Und dies alles geschieht, obwohl das preußische „Vaterland" in denen, die ihre Muttersprache ververleugneten, neue Landsleute gewinnt. Dafür reinigt sich das polnische Volk, und wir beneiden die Preußen nicht um den Gewinn; im Gegenteil, wir freuen uns, daß wir solche Elemente endlich los geworden sind.

Ich kehre zur Schilderung des Sokoltages zurück! Die erschrockene Polizei ist weiß geworden, als sie diese Sachen sah, und sie beschloß, ohne sich lange zu besinnen, das bedrohte Vaterland zu retten. „In einer Viertelstunde seid ihr dieses „elenden" und „demonstrativen" Schmucks los, dann könnt ihr üben" — so sprach der Polizeikommissar.

Es wurde lebendig wie in einem Bienenhaus — auf einmal hören wir die Signaltrompete unseres Gauturnwarts, Kameraden Konczak, und seine weithin vernehmbare Stimme: „Antreten!" Kaum hatte Kamerad Konczak das Kommando gegeben, so wurde er auch gleich von dem Sicherheitsbeamten am Kragen gepackt und folgendermaßen angesprochen: Hier wird nicht polnisch gesprochen. — Und Kamerad Konczak wurde ohne Gnade zur Strafe notiert. Jetzt mußte der Gauturnwart den Turnern mit der Hand das Zeichen geben, damit sie auseinandergingen.

Die Empörung der mehreren Hundert Sokols kannte keine Grenzen. Es fielen die gräßlichsten Flüche und andere Ausdrücke. Der Schreiber dieser Worte bat und beschwor die Versammelten, sich zu beruhigen, aber vergebens. Kamerad Josef Kunza, Turnwart aus Witten, wollte die Kameraden bitten, sich ruhig zu verhalten und den Saal mit Würde zu verlassen, um der Polizei keine Schwierigkeiten zu bereiten, aber auch ihn faßt der Kommissar Herr Cech aus Dortfeld am Arm und läßt ihn vom Polizisten zur Strafe notieren.

Der Kamerad Stanislaus Kunz aus Herne, Vertreter der Gazeta Grudziondzka, erklärt dem Kommissar, daß Herr Kunza nur für Ordnung und Ruhe habe sorgen wollen. Die Polizei sollte ihm also dafür dankbar sein und ihn nicht zur Strafe notieren. Herr Kunz sieht die Handlungsweise der Polizei als inkorrekt an, erhält aber vom Kommissar die hochmütige Antwort: Möge er reden, was er will, aber nur deutsch!

Die Polizei betrug sich hochmütig und herausfordernd, so daß ich mich wunderte, daß die Turner so ruhig auseinander gegangen sind. Dieses war der ruhigen, aber energischen Arbeit des Gauvorstandes, sowohl des Vorsitzenden Cichy als auch des Turnwarts Konczak zu verdanken.

Nach Holland! erscholl es wie eine Stimme. Dieses spornte mehrere Dutzend Gäste an, dem Sokolverein beizutreten. Fürwahr, was der Sokoltag vielleicht nicht zustande gebracht hätte, das tat der aufgelöste Sokoltag — aber damit nicht genug.

Ich hörte, wie unsere wackere Turnerschaft sich zugeschworen hat, von heute ab um so hitziger für diese unsere heilige Sache zu agitieren. Sie will arbeiten, daß jeder Pole in unserem Bezirke gleichzeitig mit Leib und Seele Sokol wird. Also wir wollen unsere Sokolreihen verdoppeln — dafür wird schon unsere wackere Sokoljugend sorgen. — Gut Heil!

Die preußische Polizei hat sich also geirrt. Vorteile vom aufgelösten Sokoltag werden nur wir haben. Einen Erfolg sahen wir schon, als wir das Volk erblickten, wie es sich zu Herzen nahm, daß ihm der preußische Polizist deswegen das Vergnügen verbietet, weil es diese graue Uniform trägt und polnisch spricht. Diese Schlappe wird die Polizei nicht so bald wieder wett machen können. Wir indes: tun wir unsere Pflicht, verbreiten wir unsere Idee. — Arbeiten wir Sokols daran, daß alle Polen Sokols werden, aber solche mit Leib und Seele, die auf Befehl ihrer vorgesetzten Behörde bereit wären, wenn auch im Turnhemd (ohne Uniform) und barhaupt zu turnen usw. Disziplin muß sein, denn ohne sie gibt es keine Einigkeit. Und diese ist in unserem IX. Gau so überaus notwendig. — Gut Heil!

Sokol.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 275 der Nowa Reforma (Krakau) vom 20. Juni 1910:

Der Wechsel im preußischen Kabinett.

Die Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Entlassung des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet, dagegen sind in seinem Kabinett andere Veränderungen eingetreten. Fast unerwartet sind von ihren Stellungen zurückgetreten: der Minister des Innern v. Moltke und der Landwirtschaftsminister Graf v. Armin-Kiewen, und deren Nachfolger sind bereits ernannt worden.

Der Posten des Ministers des Innern ist dem bisherigen Oberpräsidenten von Schlesien, v. Dallwitz, und der des Landwirtschaftsministers dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, v. Schorlemer, übertragen worden.

Eine grundsätzliche politische Tendenz kann in diesen beiden Veränderungen nicht gefunden werden. Die beiden jetzt zurücktretenden Minister waren konservativ und reaktionär und sind durch Personen desselben Zuschnitts, Typs und derselben Richtung ersetzt werden. Minister v. Moltke ist offenbar der Regierungsniederlage bei der preußischen Landtagswahlreform zum Opfer gefallen, für die er, neben dem Reichskanzler, in erster Linie verantwortlich war.

Übrigens hat es schon in Preußen lange keinen gegenüber dem Landtage so schwachen und unbeholfenen Minister, wie gerade ihn, gegeben. Ein Riese an Gestalt, besaß er eine so schwache und leise Stimme, daß, falls er im Landtage sprach, ihn außer den Stenographen niemand verstehen konnte — überdies besaß er auch nicht die geringste Rednergabe. In dieser Hinsicht hat ihn auch v. Arnim nicht sehr übertroffen, infolgedessen hatte auch der Reichskanzler nicht viel Hilfe und Freude an ihnen.

Von den neuen Ministern ist v. Dallwitz in den breiteren Kreisen wenig bekannt . . . Dagegen ist der neue Landwirtschaftsminister, Freiherr v. Schorlemer, eine Persönlichkeit von einer bereits deutlichen politischen Marke.

Es ist ein Sohn des seiner Zeit sehr bekannten Führers des katholischen Zentrums, Schorlemer-Alst, dem auch selbst unter den Polen seine Rede, die er seiner Zeit zu Gunsten der polnischen Bevölkerung in Preußen gehalten hat, eine gewisse Volkstümlichkeit einbrachte. Sein Sohn ist in keinerlei Richtung in die Fußtapfen seines Vaters getreten. Trotzdem er Katholik ist, gehört er den erbittertsten Gegnern der früheren Partei seines Vaters, des katholischen Zentrums, an; den Polen gegenüber steht er auf dem Standpunkt des Hakatismus, und bei den Erörterungen über die Wahlreform im Herrenhause gab er sich als der extremste Reaktionär zu erkennen. Sein Antrag hauptsächlich hat die Regierungsvorlage derart verschlimmert, daß die ganze Reform fallen mußte.

Weshalb und zu welchem Zwecke man ihn gerade jetzt, wo sich die Regierung auf das Bündnis der Konservativen mit der Zentrumspartei stützt, in das Ministerium berufen hat, ist ein großes politisches Rätsel. Es ist kaum anzunehmen, daß dies eine Kursänderung dem Zentrum gegenüber bedeuten sollte, denn Freiherr v. Schorlemer ist den Demokraten und Fortschrittlern ebenfalls zu wenig sympathisch, als daß dessen Ernennung die Absicht einer Wendung zum Liberalismus bedeuten sollte. Es bleibt daher lediglich die Annahme übrig, daß er ausschließlich auf persönlichen Wunsch des Kaisers in das Kabinett berufen wurde, der trotz seiner Krankheit nicht nachläßt auf die Staatsregierung Einfluß auszuüben.

Für die polnische Bevölkerung ist diese Änderung ohne jegliche Bedeutung, denn sie wird auf die antipolnische Politik ohne Einfluß bleiben, keinesfalls aber sie mildern.

Aus Nr. 297 der Nowa Reforma (Krakau) vom 4. Juli 1910:

Die Grunwaldspende in den preußischen Landesteilen.

Der ehemals polnische Landesteil Preußens, obwohl dem Kriegsschauplatze am nächsten gelegen, kann aus leicht begreiflichen Gründen den Jahrestag dieses Sieges nicht feierlich begehen. Um ihn jedoch für die Nation auszunützen, hat sich dort ein aus mehreren hundert Personen zusammengesetztes Komitee gebildet, das in einem am Sonnabend erlassenen Aufrufe die dortige polnische Gesellschaft zu Beiträgen für eine besondere Grunwaldspende auffordert, die zur Unterstützung der dortigen polnischen Volksbibliotheken bestimmt werden soll . . . .

Für diesen Fonds hat Großpolen vor einigen Tagen, wie bereits gemeldet, aus dem Königreich 25 000 Rubel erhalten. An den bei uns in Galizien gesammelten Beiträgen für die Grunwaldspende hat sich der preußische Anteil bis jetzt garnicht beteiligt, was sich eben dadurch erklären läßt, daß er, obwohl er wohl zur Zeit der wohlhabendste Teil Polens ist, sehr viele eigene Bedürfnisse hat, deren Befriedigung aus einer bei uns gebildeten allgemeinen Spende die preußischen Behörden sicherlich verschiedene Hindernisse in den Weg legen würden. Die Absicht, dort einen besonderen Fonds für die eigenen Bildungszwecke zu gründen, ist deshalb verständlich. Es ist nur zu wünschen, daß er die Höhe erreichen möchte, die der Größe des Jahrestages der Schlacht bei Grunwald entspräche!

Aus Nr. 302 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 2. Juli 1910:

Das Posener Erzbistum.

Die hakatistische Schles. Ztg. bespricht erneut die Angelegenheit, betreffend die Besetzung des Erzbistum Gnesen-Posen in einer für das Blatt ungewöhnlichen Weise. Nachdem sie festgestellt, daß der erzbischöfliche Stuhl seit $3^1/_2$ Jahren unbesetzt ist, erklärt sie, daß sowohl die preußische Regierung als auch die katholische Kirche mit der Dauer der Übergangszeit zufrieden sei könnten, daß aber eine Verlängerung dieses Zustandes nicht zum Wohle der Kirche gereichen, auch nicht zur Milderung der nationalen Gegensätze in der Erzdiözese beitragen könne. Mit Rücksicht hierauf verlange die Schlesische Zeitung eine baldige Besetzung des erzbischöflichen Stuhles, namentlich die Ernennung eines Erzbischofs, der der Sprache nach ein Pole, der Gesinnung nach ein Deutscher wäre. Wenn es nicht gelingen sollte, einen derartigen Kandidaten jetzt ausfindig zu machen und durchzubringen, so werde das auch nach einigen Jahren unmöglich sein. Die Regierung werde also den gordischen Knoten in der Angelegenheit entzweihauen müssen.

Die hakatistische Presse erklärte bis jetzt übereinstimmend, die Sache sei durchaus nicht eilig und man könne, ja man müßte sogar mit ihrer Erledigung so lange warten, bis der Kampf zwischen dem Polentum und Deutschtum endgültig entschieden sein werde.

Wenn heute die Schles. Ztg. die Sache ganz anders darstellt, das Durchhauen des gordischen Knotens und das Durchbringen der Kandidatur eines verdeutschten Polen verlangt, so geschieht das offenbar in der Überzeugung, daß der apostolische Stuhl infolge des Lärms wegen der päpstlicher Enzyklika gegenwärtig zu einer entschiedenen Verwerfung der deutschen Vorschläge weniger geneigt sein werde.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß der von dem hakatistischen Blatte veröffentlichte Artikel der Redaktion von außerhalb zugesandt worden ist, offenbar also aus direkt für diese Angelegenheit sich interessierenden und, wie aus seinem ganzen Inhalt hervorgeht, aus katholischen Kreisen stammt. Der Pfarrer Krzesinski, der einzige Kandidat, der eine polnische Abstammung mit deutscher Gesinnung verbindet und der angesichts einer derartigen Sachlage, wie sie in dem Artikel der „Schles. Ztg." geschildert wurde, einzig und allein in Betracht kommt — scheint es offenbar schon sehr eilig zu haben. —

Aus Nr. 299 der Nowa Reforma (Krakau) vom 5. Juli 1910:

Preußische Gewalttaten.

In Beuthen O.-S. wurde vorgestern eine polnische Droschkenbesitzerin als Zeugin vernommen. Sie gab die Erklärung ab, daß sie der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sei und deshalb um die Zuziehung eines Dolmetschers bitte. Während der Verhandlung soll es sich herausgestellt haben, daß die Frau einige an sie gerichtete deutsche Fragen verstanden hat, infolgedessen hat sie der Gerichtshof wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht sofort zu drei Tagen Haft verurteilt und ihre sofortige Abführung in das Gefängnis angeordnet.

Aus Nr. 180 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 5. Juli 1910:

Germanisierung und Protestantisierung.

Lemberg, den 5. Juli.

Die polnische Angelegenheit ist nach Ansicht des früheren deutschen Reichskanzlers Fürsten von Bülow die wichtigste Frage der inneren Politik Preußens. Und doch können sich die preußischen Staatsmänner zur Lösung dieser brennenden Frage nicht emporraffen; die polnische Frage erscheint jeden Augenblick wie ein böser Geist auf der politischen Bildfläche Deutschlands. Sie ist eine Wunde an dem Körper Deutschlands, eine fortwährend eiternde und um so schmerzhaftere Wunde, als die ewig gepanzerte und mit dem Säbel rasselnde Germania einen gesunden und starken Organismus haben muß, um die Strapazen und Militärlasten, ohne sich zu erschöpfen, ertragen zu können.

Die deutsche Presse widmet denn auch der polnischen Frage viel Beachtung.

Jede Wendung in der Ostmarkenpolitik findet sofort lebhaften Widerhall in der deutschen Presse. Gegenwärtig wurden der Aufschwung national-radikaler Strömungen in der polnischen Gesellschaft und dessen Ursachen vielfach erörtert. In den uns wohlwollenden deutschen Kreisen überwiegt die Ansicht, daß dies keine selbstbewußte und folgerichtige Evolution in radikaler Richtung, keine Evolution, die sich bereits auf Voraussetzungen unserer Politik im preußischen Anteil stütze, sondern lediglich ein krankhaftes Reizen sei, das durch die Rücksichtslosigkeit preußischer Behörden und durch eine kleinliche, kurzsichtige Politik der Regierung, durch die Politik der Nadelstiche hervorgerufen worden sei. In Erwägung der Ursachen des Aufschwungs national-radikaler Richtungen in unserer Gesellschaft im preußischen Anteil ist die deutsche Presse zu der Überzeugung gekommen, daß eine der empfindlichsten Angelegenheiten für die Polen die Schulpolitik der preußischen Regierung sei, die vollständige Beseitigung der polnischen Sprache aus den Volksschulen und die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, das seien, nach Ansicht der uns wohlwollenden deutschen Presse, die beiden empfindlichsten Wunden der polnischen Gesellschaft im preußischen Anteil, Wunden, die nicht vernarben könnten und fortwährend eiterten. Die Schulpolitik sei denn auch die Hauptursache des Aufschwungs des nationalen Radikalismus unter den breiten Bevölkerungsschichten der polnischen Gesellschaft.

Unzählige, durch den Schulstreik hervorgerufene Prozesse, mit großen Geld- und Gefängnisstrafen im Gefolge, von denen meist die untersten Gesellschaftskreise betroffen worden seien, Kreise, die in nationaler Hinsicht noch wenig zum Selbstbewußtsein gelangt seien, seien geradezu ein ideales Mittel zur nationalen und politischen Wachrufung gewesen, ein Mittel, das mitunter bis zum Fanatismus gerade dieser Elemente gestiegen sei. Die Ursache der Erbitterung der Polen in Schulsachen sei durchaus nicht die Notwendigkeit gewesen, die deutsche Sprache erlernen zu müssen, deren Wichtigkeit alle wohl einsähen, sondern lediglich und ausschließlich die Streichung der polnischen Sprache im Stundenplan und die Einführung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, und dies obendrein in den Volksschulen, deren hohe Unterhaltungskosten vor allen Dingen gerade die armen polnischen Schulgemeinden zu tragen hätten. Eine Lüge sei die Entschuldigung der Regierung, die von ihr zur Anwendung gebrachten Mittel dienten lediglich zum Schutze des Deutschtums; wir wußten längst, was wir von diesem Argument zu halten hätten, aber die Bezeichnung des Verbotes polnischen Privatunterrichts als „Schutz des Deutschtums" sei geradezu eine Frechheit. Gleich schmerzlich sei für die polnische Gesellschaft die Einführung des deutschen Religionsunterrichts.

Vollständig zutreffend seien die Befürchtungen gewesen, diese Tatsache müsse die Religiosität der polnischen Gesellschaft schwächen; der in deutscher Sprache erteilte Religionsunterricht müsse zu religiösem Indifferentismus unter den Polen oder auch zur Protestantisierung führen.

Es bestehe ein Oberpräsidialerlaß vom 27. Oktober 1873, nach dem der Religionsunterricht nur in der Oberstufe in deutscher Sprache, und zwar dann erteilt werden solle, wenn nachgewiesen werde, daß die Schüler die deutsche Sprache vollständig beherrschen. In der Wirklichkeit jedoch gäbe es viele Schulen, in denen den Kinder der untersten Unterrichtsstufen, die keine Ahnung von der deutschen Sprache hätten, der Unterricht lediglich und ausschließlich in dieser Sprache erteilt werde. Dieser Zustand, in rechtlicher Hinsicht anormal, in pädagogischer Hinsicht unsinnig, in religiöser überaus verdammenswert und endlich in politischer Hinsicht höchst ungeschickt und widersinnig, sei leider in der Provinz Posen Regel.

Welche Erfolge durch diese Methode erreicht würden, bewiesen u. a. die Stundenpläne, in denen zum Erlernen des Bekreuzigens 4 Wochen und zum Erlernen des Vaterunsers 3 Monate bestimmt worden seien. In den sechsklassigen Stadtschulen werde in der Regel nicht über die wichtigsten Fragen des an sich schon ad hoc zugeschnittenen und verkürzten Katechismus hinausgegangen, mitunter aber würden auch aus diesem die wichtigsten Sachen übergangen.

Die polnische Jugend trete dann auch oft in das Leben ohne die Kenntnis der wichtigsten religiösen Dinge. Oft müßten z. B. Neuvermählte über die grundsätzliche Glaubensartikel erst belehrt werden, da sie sonst der Sakramente nicht teilhaftig werden könnten, von denen sie keine Kenntnisse hätten.

Die im Bereich des Religionsunterrichts sehr bescheidenen Programme der Volksschule in der Provinz Posen würden hinsichtlich der Materialien und des Inhalts dadurch noch mehr gekürzt, daß die Kontrolle des katholischen Religionsunterrichts fast in den meisten Schulen garnicht bestehe.

In der Provinz Posen gäbe es nämlich weder Inspektoren noch Leiter des Religionsunterrichts aus der Mitte der Geistlichkeit, ja sogar den Religionsunterricht selbst erteilten keine Geistlichen. Mit alldem beschäftigten sich Laien, bei denen protestantische Einflüsse große Bedeutung hätten. Den Pfarrer habe man zwar die Leitung des Religionsunterrichts vorbehalten, diese Berechtigung könnte ihnen jedoch aus politischen Gründen genommen werden und werde auch in Wirklichkeit tatsächlich sehr oft zurückgezogen.

Es gäbe auch in der Provinz Posen Gemeinden, in denen oftmals 4000 katholische Kinder jeglichen Schutzes seitens der Pfarrer bei dem Religionsunterricht beraubt seien.

Infolgedessen erleide der Religionsunterricht oftmals zu Gunsten der deutschen Sprache Unterbrechungen, denn der letztere Unterricht sei für die Staatstreue des Lehrers maßgebend, und davon seien auch die Ostmarkenzulagen und dergl. abhängig. Die an sich schon schwarzen Farben würden angesichts der Tatsache noch schwärzer, daß wir bei dem Mangel an sachlicher Aufsicht keine Garantie dafür hätten, daß der Religionsunterricht entsprechend den Dogmen erteilt werde. Die Laien, die ihn erteilten, seien ja oftmals in Glaubenssachen völlig gleichgültig, ja sogar dem Katholizismus geradezu feindlich gesinnte Menschen.

Dies alles in Erwägung genommen, kämen wir leicht zu der Überzeugung, daß die Germanisierung der Provinz Posen tatsächlich auch die Protestantisierung und, was damit verbunden sei, auch die Schwächung des Katholizismus in ganz Deutschland sei.

Möchten die deutschen Katholiken dies recht bald einsehen lernen! —

Aus Nr. 187 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 9. Juli 1910:

Korrespondenzen des Kurjer Warszawski.

Posen, den 6. Juli 1910.

(Änderungen im Kurs. — Äußere Anzeichen. — Die Anwesenheit Wilhelm II. in Posen. — Die Stellung der polnischen Abgeordneten im Stadtrate. — Timeo Danaos. — Die Grunwaldfeier in Großpolen. — Zusammenkünfte bei dem Geistlichen Wawrzyniak.)

Wir leben anscheinend unter dem Zeichen einer Änderung des Kurses. Man spricht bereits überall davon und der Gedanken und Hoffnungen sind unzählige vorhanden. Es scheint, daß wir uns nach dieser Richtung hin niemals bessern werden. Jedes Kind sieht heute in dem Preußen einen hartnäckigen und unerbittlichen Feind, der, ob er nun brutal und offen oder hinterlistig ist, danach trachtet, das polnische Element um jeden Preis auszurotten. Indessen wird vielleicht bald ein anderer und bedeutend milderer Wind wehen; in dem bisherigen Verfahren wird eine Änderung eintreten; schon stehen die Tore der trügerischen Hoffnungen den verderblichen Erwartungen weit offen. Es ist dies bei einem Volke, welches so unterdrückt und verfolgt wird wie das unsere, recht verständlich, aber nicht im geringsten erfreulich.

Zweifellos haben alle diejenigen, welche auf gewisse Tatsachen der letzten Tage hinweisen, alle Ursache dazu; wenn sie bloß aus diesen keine falschen Folgerungen ziehen würden. Unerwartet erhielt der „Sokol" überall da, wo er es beantragt hatte, die Erlaubnis zu öffentlichen Aufführungen, in den kleinen Städten sogar die Erlaubnis zu einem Marsche durch die Stadt mit Musik und Fahnen. Wer da behauptet, daß die Erlaubnis seitens der Behörden auf Grund des neuen Vereinsgesetzes erteilt wurde, der vergißt, daß in diesem Landesteil überhaupt kein Gesetz vorhanden ist. Auf jeden Fall hätte aber die Polizei bezw. der preußische Richter soviel Gummiparagraphen gefunden, um jede Feier als eine Störung der öffentlichen Ordnung oder als eine Aufreizung der Volksmassen anzusehen.

Ein zweiter, unvorhergesehener Fall war das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der öffentlichen Vorträge. Im Herbst des Jahres 1908 sollten zum ersten Male nach dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes an einem Sonntag zwei populäre Vorträge stattfinden, welche bereits vor einigen Jahren durch den Adam Mickiewicz-Verein eingeführt wurden. Die Polizei hat diese Vorträge verboten.

Mehr der Ehre halber, erhob man dagegen Beschwerde. Trotzdem hat der oberste Gerichtshof in Berlin, nachdem die Klage von den unteren Instanzen abgewiesen worden ist, vor einigen Tagen ein für uns günstiges Urteil gefällt, wonach wissenschaftliche Vorträge nicht als öffentliche Versammlungen eingesehen werden dürfen, auch wenn der Eintritt für jedermann gestattet ist.

Zu diesen beiden Tatsachen, denen man sicher keine allzugroße Bedeutung beilegen kann, kommen verschiedene, bis jetzt noch nicht bestätigte Nachrichten, wie z. B., daß der Geistliche Jazdzewski von den, dem Berliner Hofe nahestehenden Kreisen vertrauliche Ratschläge erhalten hätte, auf Grund deren er für die Erhöhung der Zivilliste stimmte; daß der Landwirtschaftsminister von Arnim darum demissionieren mußte, weil er sich für die Anwendung des Enteignungsgesetzes gegen die Polen ausgesprochen hatte usw.

Das sind zwar keine wirklichen, jedoch immerhin möglichen Ursachen zu der gegenwärtigen Änderung des Kurses. Doch kann ich außerdem noch eine andere politische Kombination, die mir von wichtiger Seite mitgeteilt worden ist, nicht verschweigen. Die Preußen tragen sich nämlich, nachdem sie in Sachen der Annexion von Bosnien und Herzegowina Österreich-Ungarn Hülfe geleistet haben, mit dem Gedanken herum, ihr eigenes Territorium zu vergrößern.

Wenn wir uns das letzte Verbot der Grunwaldfeier und -Sammlung im Königreiche, sowie das Dulden der die Jubiläumsfeier betreffenden Aufrufe, Broschüren, Karten und Bilder auf dem öffentlichen Markte in Preußen vergegenwärtigen, so kann die Phantasie einer sehr nahe liegenden Politik, verbunden mit einer Änderung der Landkarte von Europa, in den poetischen Hirnkammern wirklich bestehende Formen annehmen.

Der zum 20. August d. J. angekündigte Besuch Kaiser Wilhelms II. in Posen erweitert diese Kombinationen und läßt immer mehr Vermutungen aufkommen. Aus Berlin wird uns offiziös mitgeteilt, daß der Kaiser nebst Familie hier eintreffen und eine längere Zeit verweilen wird. Was er hier machen, mit wem er sprechen, und was er außerdem noch mitbringen wird — das sind alles Fragen, die schwerlich zu beantworten sind. Posen soll eine Residenz — der Reihe nach wohl schon die 60. und etliche — werden. Aus diesem Grunde soll die Stadt auch im Festgewande erscheinen. Der Magistrat forderte zu diesem Zwecke 35 000 Mk.;

die Finanzkommission hat die Position auf 30000 Mark reduziert. Heute, bei der letzten Sitzung der Stadtverordneten, wurde das Projekt einstimmig angenommen. Und die polnischen Ratsherren? Solidarisch erklärten sie sich für den Kommissionsantrag.

Das ist klar, daß das Projekt auch ohne die Stimmen der Polen eine gesicherte Mehrheit hatte und das ablehnende Verhalten derselben direkt demonstrativ wäre. Man konnte sich ja der Abstimmung enthalten oder der Sitzung überhaupt fernbleiben. Die Wirkung bliebe nach außen hin dieselbe. Ob aber die Stellungnahme der polnischen Ratsherren, welche sich von der Aktion des Geistlichen Jazdzewski nur durch das Fehlen einer Deklaration unterscheidet, einen Schaden im Innern unserer Volksgesamtheit sowie an der nationalen Idee anrichten wird, ist eine andere Frage. Heute ist Interessenpolitik die Hauptsache. Über dem ganzen polnischen Horizont breitet das Schreckgespenst der Enteignung seine Flügel aus. Es hat sich doch etwas gefunden, womit man die Polen aus dem Gleichgewicht bringen und sie zu den Füßen des Feindes niederdrücken kann? Noch vor kurzem antworteten wir mit Stolz nein! Heute, wo die Unterdrückung in den Schulen, die Schikanen bei den Behörden, der Boykott und alle Ausnahmegesetze sich um kein Haar geändert haben, sondern in vollem Umfange weiterbestehen, haben uns die trügerischen Hoffnungen über die Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes und einige seitens der Behörden gestatteten Sokolfeierlichkeiten bis zur Unkenntlichkeit verändert.

Wilhelm II. soll in seiner Tasche noch die Nomination des Bischofs Likowski zum Erzbischof von Gnesen-Posen haben. Vielleicht hat er außerdem noch einige artige Worte für die Polen, soweit er sie sehen wird. Sonst sind wir ein sehr armes und elendes Volk, welches durch die Knechtschaft verdorben und vernichtet worden ist.

Vielleicht sind es auch nur einige Leute auf der ganzen großpolnischen Erde, die sich durch das Sprichwort betören lassen: „Solange die Welt bestehen bleibt, werden Deutsche und Polen niemals Brüder sein" — plötzlich ändert sich alles, es tritt die Zeit des Friedens und der Bruderliebe ein. Hundertfach schlimmer wird der Feind, sobald er schmeichelnd, lockende Versprechungen macht, als ein harter und offener Gegner. Man hat uns bereits Gaben aus Berlin gegeben — jedoch vergiftete; es wurde uns viel versprochen aber wenig gehalten, und trotzdem haben wir keine Lehre daraus gezogen.

Wie bereits schon erwähnt, haben die preußischen Behörden in den von uns selbst für die Grunwaldfeierlichkeiten bestimmten Landesteilen bis jetzt keine Schwierigkeiten bereitet. Wir haben bereits einen Aufruf herausgegeben, sammeln Gaben für die Volkslesehalle und bereiten Vorträge für die Vereine vor. Die Zeitungen sollen im festlichen Gewande erscheinen und entsprechende Artikel veröffentlichen. Das wäre so ungefähr alles, wenn wir nicht noch hinzufügen wollten, daß die Abordnungen der „Sokol" und die Repräsentanten verschiedener Kreise ihr Erscheinen in Krakau bereits angesagt haben, woselbst die 500jährige Grunwaldfeier der kaufmännischen Kongregation und die Zusammenkunft der Literaten ebenfalls zahlreiche Delegierte aus Großpolen vereinigen werden.

Der Geistliche, Patron Wawrzyniak, der ungekrönte König der Großpolen, wie ihn eins der hakatistischen Blätter nennt, dem die Änderung des Kurses den Schlaf raubt, hält in Mogilno gesellige Zusammenkünfte ab. Im Kreise der eingeladenen Personen erörtert er die laufenden politischen Angelegenheiten und ist bemüht, diesen gegenüber im Lande eine geschlossene Meinung hervorzurufen. Diese freie und ungebundene Art der Zusammenkünfte ist vielleicht zur Zeit eine bessere Lösung des Problems des Friedens zwischen dem Lande und der Stadt und dient zugleich als Richtschnur für die vorzunehmenden, grundsätzlichen Aktionen.

Lech.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.